

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Heinz Willemsen (ext.)*

## Republik Makedonien

Innenpolitische Konflikte und Gefährdungen  
eines jungen Staates in einer instabilen Region

S 6  
April 2001  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2001

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Gestaltungskonzept  
Gorbach Büro für  
Gestaltung und Realisierung  
Buchendorf

# Inhalt

## **Problemstellung und Empfehlungen 5**

### **Fortwirken der »Makedonischen Frage« 7**

Bulgarien 8

Serbien/Bundesrepublik Jugoslawien 9

Albanien 10

Griechenland 10

### **Multiethnische Gesellschaft und**

#### **Nationalstaatsanspruch 13**

Ethnische Fragmentierung und Segregation 13

Ethnie und Politik 15

Ethnische Konflikte um Staat und Status 17

### **Der makedonische Weg der Transformation 19**

Interethnische Radikalisierung:

Die Phase bis Mitte 1992 19

Politische Entspannung:

Die Phase bis Ende 1995 21

Die zweite Phase der Transformation seit 1996 23

### **Die Lage nach dem Kosovokrieg 25**

#### **Makedonien nach den Wahlen**

**in Jugoslawien und im Kosovo 28**

#### **Ausblick: Konfliktprävention und**

**Transformationsbedarf 29**

#### **Abkürzungen 30**



**Republik Makedonien**  
**Innenpolitische Konflikte und Gefährdungen eines jungen Staates in einer instabilen Region**

Die Aufnahme von ca. 360 000 albanischen Flüchtlingen aus dem Kosovo im Frühjahr 1999 hat die besondere Bedeutung erkennen lassen, die Makedonien bei der Stabilisierung Südosteuropas zukommt. Die Ereignisse seit dem Februar 2001 – das Eindringen einer Gruppe albanischer Kämpfer der Nationalen Befreiungsarmee (UÇK) aus dem Kosovo in makedonisches Territorium und die Gefahr, daß sich aus den bewaffneten Auseinandersetzungen um Tetovo ein ethnischer Bürgerkrieg in Makedonien entwickelt – legen eine Beschäftigung mit den strukturellen Voraussetzungen des innermakedonischen albanisch-makedonischen Konfliktes nahe.

Das Verhältnis von makedonischer Titularnation und albanischer Minderheit ist wesentlich durch das Erbe der vorangegangenen jugoslawischen Epoche geprägt. Ein großes Maß an ethnischer Distanz und eine weitgehende Segregation der nationalen Gruppen auf der gesellschaftlichen Ebene korrespondieren mit ethnisch-paternalistischen Politikmustern. Nach einer Eskalation makedonisch-albanischer Konflikte im Verlauf der staatlichen Verselbständigung von 1990 bis 1992 gelang es einer in die Führungsspitze des Staates aufgerückten Gruppe junger postkommunistischer Politiker, in der Minderheitenpolitik eine Kompromißlösung zu finden, die deeskalierend wirkte und die interethnischen Konflikte einhegte. Begünstigt wurde die Befriedung durch die allgemeine politische Bewegungsarmut, eine eingeschränkte Pluralisierung, die starke Stellung des Präsidenten und eine Neutralisierung innenpolitischer Konflikte durch die Konfrontation mit Griechenland.

Dennoch leisteten langfristig wirkende gesellschaftliche Trends – zunehmende Entmischung der ethnischen Siedlungsgebiete, verstärkter Nationalismus unter den jungen Generationen – einer Radikalisierung der nationalistischen Kräfte Vorschub. Insbesondere das Radikalisierungspotential, das in der Auseinandersetzung über die albanische Universitätsausbildung steckt, ist lange unterschätzt worden.

Auf längere Sicht muß sich das politische Staatsverständnis von seiner ethnischen Fundierung lösen, damit die ethnischen Spaltungslinien in der Gesellschaft an Schärfe verlieren. Auch kurzfristig angelegte

Interventionen, die auf eine Einhegung der akuten Bürgerkriegsgefahr abzielen, sollten sich von dieser Zielvorstellung leiten lassen statt durch eine Aufwertung des Status der Albaner die gesellschaftliche Segregation noch weiter zu fördern. Neben der Beruhigung des regionalen Umfeldes (Kosovo und Südserbien) sollte Konfliktprävention zunächst einmal die Probleme aufgreifen, die unterhalb einer grundlegenden Umgestaltung des Systems liegen. Als kurzfristige Maßnahmen sind zu empfehlen:

- eine umfassende Einbeziehung albanischer Politiker in die Vorbereitung der für Mai 2001 geplanten Volkszählung; für diesen Zweck Fragebögen in Albanisch, Türkisch und Serbisch. Eine begleitende Beratung durch die EU könnte möglichen Auseinandersetzungen um die Ergebnisse vorbeugen;
- den Beschwerden der Einwohner albanischer Grenzdörfer, daß sie bei der Vergabe etwa von Pässen und Versicherungen übergangen worden seien, sollte möglichst umgehend nachgegangen werden. Gerade dieser Personengruppe sollten für den Erwerb der Staatsangehörigkeit auch jene Jahre angerechnet werden, die sie in anderen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens verbracht haben. Gesetzlich vorgeschrieben ist an sich eine Mindestaufenthaltsdauer in der Republik von 15 Jahren;
- im nationalen Sicherheitsrat sollte auf jeden Fall die albanische Regierungspartei, wenn möglich sollten aber auch die albanischen Oppositionsparteien vertreten sein.

Längerfristig sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- eine Veränderung des makedonischen Mehrheitswahlrechts, das bisher stets zu einer massiven makedonisch-albanischen Konfrontation im zweiten Wahlgang geführt hat;
- eine Stärkung der kommunalen Ebene; die lokalen Beamten sollten wieder wie vor 1990 bei den Kommunen angestellt sein, die Kommunen über einen entsprechenden Anteil am Staatshaushalt verfügen. Ergänzend könnten Regionen als administrative Einheiten geschaffen werden, die sich nicht mit den ethnischen Siedlungsgebieten überschneiden;
- eine Reform der höheren Bildung, die einerseits den Albanern das Recht auf ein Universitätsstudium in albanischer Sprache gewährt, andererseits aber die Institutionalisierung separater Universitäten für die beiden Nationalitäten verhindert;
- die Förderung von ökonomischen Projekten, die die wirtschaftliche Verflechtung Südosteuropas als Voraussetzung zur EU-Annäherung vorantreiben;
- eine Regelung der Staatsangehörigkeit jener

100 000 bis 150 000 Albaner, die in den letzten 10 bis 15 Jahren aus dem Kosovo eingewandert sind und nicht die makedonische Staatsangehörigkeit besitzen.

*Der Autor promoviert an der Ruhr-Universität in Bochum über die Nachkriegsgeschichte Makedoniens.*

## Fortwirken der »Makedonischen Frage«

Im Zuge der Desintegration Jugoslawiens hat auch Makedonien, die südlichste der sechs Teilrepubliken, 1991/92 den Weg der staatlichen Selbständigkeit beschritten. Obwohl sich der junge Staat bemühte, nicht in die militärischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien involviert zu werden, wurde er alsbald mit der unfreundlichen bis feindlichen Haltung seiner Nachbarn konfrontiert: Serbien im Norden, Griechenland im Süden, Albanien im Westen und Bulgarien im Osten. Aus historischen Gründen sind die Beziehungen Makedoniens zu allen vier Staaten belastet.

Viele Beobachter sahen sich an die sogenannte Makedonische Frage des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts erinnert und äußerten Sorgen über die Zukunft Makedoniens.<sup>1</sup> Mit dem Machtverfall des Osmanischen Reiches entwickelte sich die geographische Region Makedonien<sup>2</sup> seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem chronischen, den europäischen Frieden gefährdenden Krisenherd. Im Zentrum der Makedonischen Frage stand die Rivalität der damals jungen Nationalstaaten Bulgariens, Griechenlands und Serbiens und der mit ihnen verbündeten europäischen Großmächte um die zentralbalkanischen Provinzen des Osmanischen Reiches. Die Antwort auf die Frage der ethnischen Zuordnung der Bevölkerung (Wer sind die Makedonier und zu wem gehören sie?) wurde zum Politikum, mit dem die einzelnen Konfliktparteien ihren Anspruch auf das Territorium legitimierten.<sup>3</sup>

Bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts galten der makedonischen nationalrevolutionären Bewegung und ihrer wichtigsten Organisation, der VMRO (Innere Makedonische Revolutionäre Organisation), die Makedonier als Bulgaren. Erst in der Zeit des Zweiten Welt-

krieges forcierten die Kommunistische Partei Jugoslawiens und die junge Führungsschicht der makedonischen Kommunisten und Tito-Partisanen einen Nationbildungsprozeß, der gegen die bulgarische Besatzungsherrschaft im jugoslawischen Vardar-Makedonien gerichtet war. Die slawischen Makedonier wurden dabei als eigenständige, von den Bulgaren getrennte makedonische Nation behandelt.<sup>4</sup>

Der mit dem »nation-building«-Prozeß einhergehende makedonische Nationalismus hatte integrierende Funktion. Er zielte eher nach innen als nach außen und sollte eine Bevölkerung, die in der Zwischenkriegszeit dem jugoslawischen Staat ablehnend bis feindlich gegenüberstand, mit dem neuen titoistischen Jugoslawien versöhnen. Die grundlegenden politischen Umwälzungen nach 1944, die tiefgreifenden sozialen und ökonomischen Veränderungen seit Mitte der 50er Jahre, wie Alphabetisierung, Industrialisierung und Verstädterung, und die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten für Makedonier im titoistischen Jugoslawien haben den Prozeß der Nationbildung begünstigt und ihm zu einem durchschlagenden politischen Erfolg verholfen. Nur ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung hängt heute nicht der offiziellen Ideologie an, daß die Makedonier eine eigene Nation mit einer weit zurückreichenden Geschichte sind.<sup>5</sup> Gleichwohl bildet das ständige Bemühen um nationale Selbstvergewisserung und um »Äquidistanz« der makedonischen Nation zu den Nachbarn auch in der unabhängigen Republik Makedonien einen festen Bestandteil der politischen Kultur. Skopjes Außen-

1 Vgl. Duncan M. Perry, Macedonia: A Balkan Problem and a European Dilemma, in: Radio Free Europe/Radio Liberty Research Report, 1 (19.6.1992) 25, S. 35–45.

2 Das geographische Makedonien gehörte bis zum ersten Balkankrieg 1912 zum Osmanischen Reich und umfaßt die (ehemals jugoslawische) Republik Makedonien (Vardar-Makedonien), eine kleine Region im Westen Bulgariens (Pirin-Makedonien) und die nördlichen Provinzen Griechenlands (Ägäis-Makedonien).

3 Vgl. Fikret Adanir, Die Makedonische Frage. Ihre Entstehung und Entwicklung bis 1908, Wiesbaden 1979.

4 Vgl. Stefan Troebst, Makedonische Antworten auf die »Makedonische Frage« 1944–1992: Nationalismus, Republikgründung, nation-building, in: Südosteuropa, 41 (1992), S. 423–442, und Stephen E. Palmer/Robert E. King, Yugoslav Communism and the Macedonian Question, Hamden 1971.

5 Beim letzten jugoslawischen Zensus von 1991 gaben 1370 Bürger an, sie seien Bulgaren. Nach einer Gallup-Umfrage 1993 erklärten 4% der Makedonier, sie seien Bulgaren, während 78% erklärten, Makedonier wären immer schon eine eigenständige Nation gewesen. Vgl. Stefan Troebst, Powder Keg Defused?, in: Radio Free Europe/Radio Liberty Research Report, 3 (28.1.1994) 3, S. 33–41 (37). Zum aktuellen Selbstverständnis vgl. Carsten Wieland, Ein Makedonien mit drei Gesichtern. Innenpolitische Debatten und Nationskonzepte, in: Südosteuropa, 46 (1997), S. 695–711.

politik ist deshalb wesentlich Funktion seiner Innenpolitik. Die vier Nachbarstaaten Bulgarien, Serbien, Albanien und Griechenland spielen jeweils eine tragende Rolle.

## Bulgarien

Für Bulgarien ist Makedonien Teil der eigenen Geschichte. Als im Gefolge des russisch-osmanischen Krieges 1877/78 ein autonomes bulgarisches Fürstentum geschaffen wurde, sollte im Präliminarfrieden von San Stefano (3.3.1878) auch fast ganz Makedonien und Thrakien in den neu geschaffenen Staat einbezogen werden. Der Widerstand Englands und Österreich-Ungarns auf dem Berliner Kongreß von 1878 machte dieses Vorhaben jedoch zunichte. Die in San Stefano anvisierte Grenzziehung bildet aber seitdem die Zielperspektive des bulgarischen Nationalismus. Dreimal waren bulgarische Regierungen im 20. Jahrhundert angetreten, eine Revision des Berliner Vertrages mit Waffengewalt zu erzwingen, und jedesmal waren sie gescheitert: in den beiden Balkankriegen 1912 und 1913 sowie im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg als Verbündete der Mittelmächte. Bei der Aufteilung der osmanischen Erbmasse im Gefolge der beiden Balkankriege fiel Bulgarien nur ein kleiner Teil zu: das im Westen des Landes liegende, an die heutige Republik Makedonien grenzende Pirin-Makedonien.

Bulgarien war der erste Staat, der Makedonien diplomatisch anerkannte (am 15.1.1992). Gleichzeitig gab die Regierung in Sofia jedoch bekannt, daß sie die Existenz einer makedonischen Nation und Sprache wie bisher verneint. Makedonisch sei lediglich ein Dialekt des Bulgarischen. Wegen dieser Position Sofias lagen 20 bilaterale Verträge jahrelang auf Eis, denn Bulgarien hatte entgegen internationalen Gepflogenheiten die Ausfertigung dieser Verträge in der makedonischen Landessprache verweigert.

Die Entscheidung zur diplomatischen Anerkennung Makedoniens 1992 war primär innenpolitisch motiviert. Außenpolitisch hat Bulgarien bisher keinerlei Schritte unternommen, die in die Richtung der von Teilen der bulgarischen Öffentlichkeit erträumten »Wiedervereinigung« Bulgariens mit Makedonien weisen.<sup>6</sup> Das antikommunistische Parteienbündnis

<sup>6</sup> Vgl. Sabine Riedel, Dokumentation: Bulgarien: Die Anerkennung Makedoniens, in: Südosteuropa, 41 (1992), S. 236–248. Das Primat der Innenpolitik kritisiert der in der Dokumentation enthaltene Artikel (S. 238–243) von Rumen Dimitrov, Makedonstvaneto e naj-dälgiijat päť kām Evropa. Sreštu pater-

UDF suchte in der Auseinandersetzung mit der Nachfolgepartei der Kommunisten die nationale Frage<sup>7</sup> für sich zu nutzen. Während die KP-Nachfolger mit dem weit verbreiteten Ressentiment gegen die türkische Minderheit auf Stimmenfang gingen, warf ihnen die UDF nationalen Verrat vor. Schließlich hatten die bulgarischen Kommunisten schon in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund jugoslawischen Drucks die Makedonier als eigenständige Nation anerkannt. Seit der Wende 1989 hat sich in Bulgarien wieder eine großbulgarische Organisation gebildet, die in Namen und Tradition an die 1893 im osmanischen Saloniki gegründete Irredentaorganisation anknüpft: die VMRO.

Die wirtschaftliche Hinwendung Bulgariens zu Skopje trug zwar zur Entlastung der vom griechischen Embargo betroffenen Ökonomie Makedoniens bei. Politisch blieb die makedonische Führung aber mißtrauisch, denn aus ihrer Sicht unterstützte Bulgarien damit zwar die Herauslösung Makedoniens aus Jugoslawien, nicht aber seine langfristige Existenz als eigenständiger Staat.<sup>8</sup> Darüber hinaus diente den bis 1998 regierenden Postkommunisten die Auseinandersetzung mit Bulgarien auch zur Festigung des Nationalbewußtseins der Makedonier und damit zur Aufrechterhaltung der politischen Kontrolle über die makedonische Mehrheit der Gesellschaft. Durch den stereotypen Verweis auf die »großbulgarischen Aspirationen« und die bulgarische Besatzungsherrschaft von 1941 bis 1944 sollte die oppositionelle antikommunistische und nationalistische VMRO-DPMNE (Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Makedonische Nationale Einheit) von der Macht ferngehalten werden.

Die VMRO-DPMNE wiederum, die 1998 die Regierung übernahm, hofft durch eine enge Anlehnung an Bulgarien die soziale und politische Basis der Postkommunisten zu unterminieren. Obwohl der bulgarische Standpunkt in der nationalen Frage auch beim Gros der VMRO-Mitglieder sehr unpopulär ist, gibt es eine

nalisma vāv vānšnata ni politika [Die Makedonisierung ist der längste Weg nach Europa. Gegen den Paternalismus in unserer Außenpolitik], in: Kultura, 24.1.1992, S. 3.

<sup>7</sup> Etwa ein Viertel der Bevölkerung Bulgariens sind Nachkommen von Flüchtlingen aus Vardar-Makedonien (dem Gebiet der heutigen Republik Makedonien) und aus dem nordgriechischen Agäis-Makedonien, die vor allem zur Zeit der beiden Balkankriege ihre Heimat verlassen haben.

<sup>8</sup> Zum Mißtrauen der Führung in Skopje gegenüber den bulgarischen Motiven vgl. Nevenka Mitrevska, Igri bez granici [Spiele ohne Grenzen], in: Nova Makedonija, 21.1.1992.



einflußreiche Gruppe in der Partei, die die offizielle Nationalideologie in Frage stellt, wonach die Makedonier eine eigenständige Nation sind. So bezeichnete der pro-bulgarische neue Direktor der Universitätsbibliothek in Skopje und Mitbegründer des Parteiorgans »Glas na VMRO-DPMNE«, Mladen Srbinovski, in der VMRO-nahen Zeitschrift *Makedonsko Delo* den Makedonismus als Kitsch und provinzielle Erscheinung.<sup>9</sup> Die makedonische Nation ist in seinen Augen nichts anderes als das Kunstprodukt einer von den Kommunisten betriebenen Serbisierung der Bulgaren Makedoniens, die makedonische Sprache eine künstliche Schöpfung. Veteranen und Parlamentsabgeordnete der VMRO-DPMNE wohnten im Oktober 2000 einem feierlichen Gottesdienst in Skopje für den bulgarischen Attentäter, der 1934 den jugoslawischen König ermordet hatte, ebenso bei<sup>10</sup> wie der Gründung einer Vereinigung makedonischer Bürger bulgarischer Nationalität (*Radko*). Seit der Regierungsübernahme durch die VMRO-DPMNE ist die Frage einer »Bulgarisierung Makedoniens« oder einer drohenden Spaltung Makedoniens in einen bulgarischen und einen albanischen Teil ständiger Streitpunkt zwischen Regierung und Opposition.

## Serbien/Bundesrepublik Jugoslawien

Das Verhältnis zu Serbien bzw. der im April 1992 gegründeten Bundesrepublik Jugoslawien ist wesentlich durch die gemeinsame Geschichte in der Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien (SFRJ) nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt. Der überwiegende Teil der slawischen Makedonier steht der jugoslawischen Vergangenheit heute positiv gegenüber. Selbst extreme makedonische Nationalisten und auch VMRO-Anhänger schwelgen häufig in Jugo-Nostalgie.

Während in Bosnien das jugoslawische »balance of power«-System aus Republiken, Partei und Armee durcheinandergeriet und in der Konsequenz den kroatisch-serbischen Antagonismus um Bosnien-Herzegowina wieder verschärfte,<sup>11</sup> verblieb Makedonien weitgehend an der Peripherie des Geschehens. Die junge

Führungsschicht der Republik konzentrierte sich ganz auf die nachholende Entwicklung nach sozialistischem Muster sowie auf die Makedonisierung des Führungspersonals in Partei, Verwaltung und Wirtschaft. Ihr Machtanspruch ging dabei nicht über die Grenzen der eigenen Republik hinaus.

In der Phase der Auflösung des jugoslawischen Bundesstaates hegten die verunsicherten makedonischen Eliten lange Zeit die Illusion, daß es doch noch zu einer Revitalisierung des bisherigen föderalen Modells kommen würde,<sup>12</sup> und gingen auf Distanz zu den Kontrahenten Serbien auf der einen sowie Slowenien und Kroatien auf der anderen Seite.

Der Volksabstimmung über die Unabhängigkeit am 8. September 1991 lag keine konsistente Strategie zugrunde. In den regierungsnahen Medien *Nova Makedonija* und *Puls* bemühten sich die Kommentatoren, die Bedeutung des Referendums herunterzuspielen. In der Abstimmung sahen die regierenden Kommunisten vor allem ein Mittel, die Stellung der Republik gegenüber möglichen Majoritätsbestrebungen zu sichern, nicht aber ein unmittelbares Mandat zur Sezession.<sup>13</sup> Die Führung in Skopje setzte allein auf die Beschwörung des nationalen Zusammenhalts der Makedonier. Erst als sich die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens durch einige EG- und NATO-Mitgliedstaaten zum Jahreswechsel 1991/92 abzeichnete, bemühte sich auch Makedonien um die internationale Anerkennung seiner Unabhängigkeit.

<sup>12</sup> Vgl. Dimitar *Mirčev*, *Dramata na pluralizacijata* [Das Drama der Pluralisierung], Skopje 1991, S. 161–166.

<sup>13</sup> Vgl. Heinz *Willemsen*, *Machtwechsel in der EJR Makedonien*, in: *Südosteuropa*, 48 (1999), S. 16–28 (18f). »Aber über die Bedeutung und die Folgen der Souveränität Mazedoniens ist man sich in Skopje nicht ganz im klaren. Der Präsident der Republik, Gligorov, sagte nach seiner Rückkehr von der Friedenskonferenz in Den Haag, an der internationalen Rolle Mazedoniens werde sich nichts ändern. ... In Mazedonien hat man dennoch die Hoffnung nicht aufgegeben, das Schicksal der Republik irgendwie mit der Zukunft Jugoslawiens zu verbinden. Die Unsicherheit über diese Zukunft trägt dazu bei, die Konsequenzen des Referendums zu vernebeln.« (Jasper von *Altenbockum*, *Mazedoniens Souveränität führt über den Frieden in Kroatien*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* [FAZ], 9.9.1991.) »Am Tag des Referendums war die Republik Makedonien überschwemmt mit Fahnen der SFRJ, die Bilder des Genossen Tito hingen in jedem Abstimmungslokal. Schließlich wurde unmittelbar nach der Auszählung des Referendums auf feierlichste Art einer der früher höchsten Feiertage, die Gründung von AVNOJ-Jugoslawien, am 29. November gefeiert.« (Lupčo *Georgievski*, der Vorsitzende der damals oppositionellen VMRO-DPMNE in: *Vedran Andonovski u.a.*, *La Jeune Macédonie*, Skopje 1993, S. 59.)

<sup>9</sup> Mladen *Srbinovski*, *TurboMakedonija*, in: *Makedonsko Delo*, (13.11.1997) 263.

<sup>10</sup> *Bugarska propaganda u Makedoniji. Počast atentatoru* [Bulgarische Propaganda in Makedonien. Ehre für den Attentäter], in: *Vreme*, (2.11.2000) 513, S. 40.

<sup>11</sup> Vgl. Sabrina P. *Ramet*, *Nationalism and Federalism in Yugoslavia 1962–1991*, Bloomington/Indianapolis 1992, S. 176–186.

Makedonien ist der einzige Staat des ehemaligen Jugoslawien, dessen Verabschiedung aus dem Bundesstaat nicht von militärischen Auseinandersetzungen begleitet war. Am 27. März 1992 wurde in Belgrad der Abschluß des zwischen dem makedonischen Präsidenten Kiro Gligorov und dem letzten Stabschef der Jugoslawischen Volksarmee, Blagoja Adžić, am 21. Februar 1992 ausgehandelten Armeerückzugs aus Makedonien bekanntgegeben. Anfang September 1993 unterzeichneten die Bundesrepublik Jugoslawien und Makedonien während der internationalen Jugoslawienkonferenz in Genf ein Protokoll über die Rechte und Pflichten der in Makedonien lebenden Serben. Während Makedonien sich darin verpflichtete, der serbischen Minderheit das Recht auf Unterricht in der Muttersprache zu gewähren und die Serben in der Präambel der Verfassung neben Albanern, Türken, Roma und Aromunen namentlich zu erwähnen, versprach die serbische Minderheit (ca. 2% der Gesamtbevölkerung), ihre Rechte im Rahmen der Republik Makedonien zu verwirklichen.<sup>14</sup> Erst als Folge des Dayton-Abkommens kam es schließlich am 8. April 1996 auch zur gegenseitigen Anerkennung Jugoslawiens und Makedoniens. Die Grenzen wurden am 21. Februar 2001 vertraglich demarkiert.

Seitdem der Kosovo unter UN-Verwaltung steht, ist in der makedonischen Politik eine neue Komponente im Verhältnis zu Jugoslawien hinzugekommen. Neben der VMRO-DPMNE und der von Vasil Tupurkovski gegründeten DA (Demokratische Alternative) befindet sich auch eine albanische Partei in der Regierungskoalition, die DPA (Demokratische Partei der Albaner). Sie fordert, daß Makedonien die Unabhängigkeit des Kosovos anerkennen soll, was heftige Reaktionen in der makedonischen Bevölkerung ausgelöst hat. Unter dem Einfluß der DPA hat die Regierung versucht, die makedonische Ökonomie am Wiederaufbau des Kosovos zu beteiligen. Die Ausbeute war allerdings mager, da westliche Firmen oft den größten Teil der Aufträge an sich gezogen haben.

## Albanien

Obwohl dem makedonischen Staat keine unmittelbare Gefahr von Albanien droht, kommt den Beziehungen zu Albanien wegen der großen albanischen Minderheit in Makedonien besondere Bedeutung zu.<sup>15</sup> In der

<sup>14</sup> Vgl. Archiv der Gegenwart, 63 (30.9.1993), S. 38250.

<sup>15</sup> Vgl. Michael D. Roskin, Macedonia and Albania: The

Zeit der Präsidentschaft von Sali Berisha (Demokratische Partei) hielt sich die albanische Politik nicht völlig zurück mit Einmischungen in die Innenpolitik Makedoniens. Unter Hinweis auf die Lage der albanischen Minderheit blockierte Albanien zusammen mit Griechenland die Aufnahme Makedoniens 1993 in die KSZE und erkannte erst im April 1993 den Nachbarstaat diplomatisch an.<sup>16</sup> Zum Jahreswechsel 1993/94 mischte Berisha sich aktiv in die innerparteilichen Auseinandersetzung der PDP (Partei der demokratischen Prosperität) ein, der damals stärksten albanischen Partei in Makedonien, und unterstützte offeneren radikaleren Flügel.<sup>17</sup> Erst der 1997 gewählte sozialistische Ministerpräsident Fatos Nano setzte ausschließlich auf gutnachbarschaftliche Beziehungen und hob Makedonien als positives Beispiel slawisch-albanischen Zusammenlebens hervor.<sup>18</sup> Mit der Verschärfung der Krise im Kosovo fanden allerdings wieder verstärkt nationale Momente Eingang in die Politik des im Herbst 1998 gewählte sozialistischen Ministerpräsidenten Pandeli Majko.<sup>19</sup> Die Forderung eines einheitlichen Bildungskanons für alle Albaner auf dem Balkan<sup>20</sup> beunruhigte die Nachbarn ebenso wie die 1999 veröffentlichte »nationale Plattform« der Albanischen Akademie der Wissenschaften.<sup>21</sup>

## Griechenland

Den stärksten diplomatischen, politischen und ökonomischen Druck übte Griechenland seit der Unabhängigkeit Makedoniens auf dessen Regierung aus.

Missing Alliance, in: Parameters. Journal of the US Army War College (Carlisle Barracks, PA), 23 (1993/94) 4, S. 91–99.

<sup>16</sup> Vgl. Michael D. Austin, Albanian-Macedonian Relations: Confrontation or Cooperation?, in: Radio Free Europe/Radio Liberty Research Report, 2 (22.10.1993) 42, S. 21–25 (24).

<sup>17</sup> Vgl. Duncan M. Perry, Macedonia: From Independence to Recognition, in: Radio Free Europe/Radio Liberty Research Report, 3 (7.1.1994) 1, S. 118–121 (120).

<sup>18</sup> Vgl. Michael Schmidt-Neke, Regierungswechsel in Albanien: die Rückkehr der Krise, in: Südosteuropa, 47 (1998), S. 516–535 (521).

<sup>19</sup> Vgl. Michael Schmidt-Neke, Makedoniens Albaner: Konfliktpotential oder Stabilitätsfaktor?, in: Südosteuropa, 48 (1999), S. 191–209 (211).

<sup>20</sup> Vgl. International Crisis Group, Albania: State of the Nation, 1.3.2000 ([http://www.crisisweb.org/projects/balkans/albania/reports/A400006\\_01032000.pdf](http://www.crisisweb.org/projects/balkans/albania/reports/A400006_01032000.pdf)).

<sup>21</sup> Eine makedonische Übersetzung der Plattform findet sich in: Makedonsko Sonce (Skopje), (18.6.1999) 260, S. 5; (25.6.1999) 261, S. 5; (2.7.1999) 262, S. 35–36; (9.7.1999) 263, S. 35–36 und (16.7.1999) 264, S. 34–35.

Griechenland erhob Einspruch gegen den Namen der Republik, den Athen unter Berufung auf die antike Geschichte der Region monopolisierte; gegen die Präambel und die Artikel 3 und 49 der makedonischen Verfassung, in denen Athen expansionistische Bestrebungen wahrnahm; und gegen die seit dem 11. August 1992 offizielle Staatsflagge, auf der der »Stern von Vergina« abgebildet war. Am Veto Griechenlands im Europäischen Rat scheiterte der am 20. Dezember 1991 gestellte Antrag Makedoniens auf diplomatische Anerkennung durch die EG, obwohl das einschlägige Gutachten der Badinter-Kommission positiv ausgefallen war. Die intransigente Haltung Griechenlands änderte sich auch dann nicht, als das Parlament in Skopje am 6. Januar 1992 in zwei Verfassungszusätzen klarstellte, daß Makedonien keine Gebietsansprüche gegen Nachbarländer erhebt, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischt und deren souveräne Rechte achtet. In den folgenden Jahren verstärkte die Athener Regierung noch den Druck auf den nördlichen Nachbarn. Griechischem Widerstand war es zuzuschreiben, daß der junge Staat am 8. April 1993 nicht unter seinem verfassungsmäßigen Namen Republika Makedonija, sondern nur unter dem Kürzel FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia) in die UNO aufgenommen wurde. Als Reaktion auf die Aufnahme vollständiger diplomatischer Beziehungen zwischen Makedonien und sechs EU-Staaten – Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande und Dänemark – am 16. Dezember 1993 weitete Griechenland seine Politik der ökonomischen Nadelstiche am 16. Februar 1994 zu einem umfassenden Wirtschaftsembargo aus.

Der Athener Widerstand gegen die Unabhängigkeit Makedoniens beruhte untergründig auf den Irritationen, die sich aus dem geringen Einfluß Griechenlands auf die Ausformulierung der EG-Politik gegenüber dem Raum des zerfallenden Jugoslawien ergaben. In der innenpolitischen Kampagne, die den zwischenstaatlichen Streit begleitete, wurde vor allem darauf abgehoben, daß von dem 2 Millionen Einwohner zählenden Staat und seiner Wehrpflichtigenarmee (10 000 schlecht bewaffnete Soldaten) eine Bedrohung der Sicherheit des NATO- und EG-Mitglieds Griechenland ausginge. De facto richteten sich die Befürchtungen der griechischen Seite aber eher auf die Schwäche und Instabilität des neuen Staates. In Athener Sicht drohte die Umwandlung des nördlichen Nachbarn in einen Satelliten Bulgariens, was zu einer Umorientierung der bulgarischen Außenpolitik weg von der einvernehmlichen Partnerschaft mit Athen

und hin zu einer regionalen, gegen Griechenland gerichteten Blockbildung (Türkei, Bulgarien, Makedonien und evtl. auch Albanien) führen mußte.<sup>22</sup> Im Endeffekt förderte der nach 1991 eingeschlagene politische Kurs Athens eher diese Tendenzen, als daß er ihnen entgegenwirkte.<sup>23</sup> Zusammen mit dem UN-Embargo gegen die Bundesrepublik Jugoslawien kappte die griechische Wirtschaftsblockade die traditionell in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Handels- und Versorgungslinien Makedoniens und verwies Skopje auf die wesentlich schlechter ausgebaute Ost-West-Achse.

Auf Jahre hinaus hatte die Athener Regierung damit die Chance vertan, eine entscheidende Rolle bei der Heranführung Makedoniens an die EU zu spielen. Dabei hatten makedonische Regierungsvertreter trotz aller nationalen Rhetorik offen formuliert, wen sie sich unter den Nachbarstaaten als Präferenz-Partner wünschten: Griechenland.<sup>24</sup> Dabei konnte die makedonische Regierung aus den griechischen Attacken auch Gewinn ziehen. Sie verhalf den inneren Nationalisten zu einer gemeinsamen Frontstellung. Innenpolitische Konfliktlinien, wie der Gegensatz von pro- und antijugoslawischen Strömungen, wurden in den Hintergrund gedrängt und neutralisiert.

Zu einer weitgehenden Beilegung des Konfliktes kam es erst mit dem unter Vermittlung des UN-Sondergesandten Cyrus Vance und des US-Vermittlers Richard Holbrooke zustande gekommenen Interimsabkommen vom 13. September 1995. Unter Ausklammerung der nach wie vor strittigen Namensfrage nahmen beide Staaten vollständige diplomatische Beziehungen auf. Makedonien änderte mit Parlamentsbeschluß vom 5. Oktober 1995 seine Flagge und ersetzte den »Stern von Vergina« durch eine achtstrahlige Sonne, die Athener Regierung hob das Wirtschaftsembargo auf.<sup>25</sup> Wie grundlegend sich seitdem die gegenseitigen Beziehungen geändert haben, macht

<sup>22</sup> Vgl. Yannis Valinakis, Greek's Balkan Policy and the »Macedonian Issue«, unveröffentlichtes Manuskript, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 1992, insbesondere Kap. III.1: The Bulgarian Reorientation: A Key to Developments, S. 12f.

<sup>23</sup> Zu einer griechischen Kritik an der Athener Politik siehe Axel-Sotiris Wallden, Greece and the New Macedonian State, in: Transition (Bruxelles), 36 (1995), S. 105–137.

<sup>24</sup> Vgl. Magarditsch Hatschikjan, Mazedonien: Variable Balancen, fragile Strukturen, in: Europäische Rundschau, 24 (1996) 2, S. 23–35 (34).

<sup>25</sup> Sabine Riedel, Dokumentation: Griechenlands Anerkennung Makedoniens: Das Interimsabkommen vom 13. September 1995, in: Südosteuropa, 45 (1996), S. 63–75.

unter anderem das verstärkte ökonomische Engagement der Griechen in Makedonien deutlich. Spätestens mit der Verschärfung der Spannungen in der serbischen autonomen Provinz Kosovo 1998 war der griechischen Führung bewußt geworden, welchen Nutzen Griechenland aus einem unabhängigen Staat Makedonien ziehen konnte. Auf dem 7. Balkan-Wirtschaftsforum Anfang Mai 2000 in Thessaloniki forderte der griechische Außenminister Jorgos Papandreu Sicherheitsgarantien von der EU für die Grenzen Makedoniens und erklärte das Fortbestehen des makedonischen Staates zu einer Frage von höchster Bedeutung für die Sicherheit Griechenlands.<sup>26</sup>

**Fazit:** Seit Mitte der 90er Jahre kann die kurzfristig wiederaufgelebte Makedonische Frage als beigelegt gelten. Alle vier Nachbarstaaten erkennen heute die Existenz eines souveränen und unabhängigen Makedonien an. Aber auch zuvor war die Existenz des Staates nicht in dem Maße außenpolitisch gefährdet, wie pessimistische Prognosen dies nahegelegt hatten.<sup>27</sup> Allerdings verweist die Politik- und Handlungsunfähigkeit der makedonischen Führung in der jugoslawischen Desintegrationskrise auf ein gravierendes Manko des jungen Staates. In einem sehr hohen Maße ist seine Außenpolitik ebenso wie das seiner vier Nachbarn von innenpolitischen Erwägungen determiniert.

<sup>26</sup> Vgl. Fišer *Odednaš, Vedrin i Papandreu se dogovorile deka Makedonija treba da opstane?!!* [Auf einmal: Fischer, Védrine und Papandreu verständigten sich, daß Makedonien bestehen soll?!], in *Kapital* (Skopje), (12.5.2000) 30, S. 13.

<sup>27</sup> Zur Kritik an entsprechenden Szenarien siehe *Troebst, Powder Keg Defused?*

## Multiethnische Gesellschaft und Nationalstaatsanspruch

### Ethnische Fragmentierung und Segregation

Alle jugoslawischen Nachfolgestaaten sind dem eigenen Anspruch nach ethnisch weitgehend homogene Nationalstaaten. Tatsächlich ist ihre Bevölkerung jedoch zumeist multiethnisch. Es besteht zumindest die latente Gefahr, daß die Minderheiten das gleiche Recht auf Sezession einklagen, das dem Staat zu seiner Unabhängigkeit verholfen hat. Die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Staatsnationalität und ethnischer Minderheit wird jedenfalls von einer lang anhaltenden und zähen Auseinandersetzung begleitet sein. Die Stabilität des Staates hängt wesentlich davon ab, ob es der politischen Führung gelingt, die interethnischen Gegensätze ruhigzustellen oder ganz zu überwinden. Nach den verschiedenen »ethnischen Säuberungen« im Gefolge der jugoslawischen Auflösungskriege ist Makedonien mittlerweile der einzige Nachfolgestaat der SFRJ, in dem nationale Minderheiten in bedeutendem Umfang leben. Vladimir Gligorov, Mitarbeiter des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) und Sohn des bis 1998 amtierenden Staatspräsidenten Kiro Gligorov, hat vor diesem Hintergrund die Frage, ob Makedonien ein Staat ist oder bloß ein *modus vivendi*, als entscheidend für den Weg zur Stabilisierung Südosteuropas bezeichnet.<sup>28</sup>

Die makedonische Bevölkerung, ca. 2,075 Millionen Menschen, zeichnet sich durch Heterogenität und Fragmentierung aus. Nach der Volkszählung von 1994 stellten die slawischen Makedonier mit 66,5% die größte Bevölkerungsgruppe, gefolgt von den Albanern mit 22,9%. Türken (4,0%), Roma (2,3%), Serben (1,9%), Aromunen und slawische Muslime bilden kleinere Minderheiten. Makedonier, Serben und Aromunen sind orthodoxe Christen,<sup>29</sup> die Angehörigen der

anderen Minderheiten ganz überwiegend Muslime. Zwar gibt es in Makedonien keine mit griechischen Verhältnissen vergleichbare Diskriminierung von Nicht-Orthodoxen; so ist etwa der seit 1999 amtierende Staatspräsident Boris Trajkovski Mitglied der Methodistischen Kirche. Aber die makedonische Nationaldoktrin ist stark von christlichen Elementen geprägt, so daß schon deshalb die islamische Glaubensgemeinschaft kein ähnlich enges Verhältnis wie die Makedonisch-Orthodoxe Kirche (MOK) zum Staat unterhalten kann. Seit der Regierungsübernahme des antikommunistischen Wahlbündnisses 1998 gibt es Bestrebungen, der MOK eine Sonderstellung in der Verfassung einzuräumen. Doch sind die Aussichten nicht sehr gut, dafür eine verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit im Parlament zu bekommen.

Während die kleineren ethnischen Gruppen über das ganze Land verstreut leben, zeichnet die größte Minderheit sich durch starke räumliche Konzentration aus. Die Albaner leben mit Schwerpunkt in der Hauptstadt Skopje und vor allem im Westen und Nordwesten des Landes, an der Grenze zu Albanien und zum Kosovo, wo sie in manchen Gemeinden (Tetovo, Gostivar) die absolute, in anderen (Debar, Kičevo) die relative Mehrheit der Bewohner stellen oder mit der makedonischen Volksgruppe fast gleichgezogen haben (Struga). Von dem sozialistischen Modernisierungsprozeß nach 1945 wurde die albanische Bevölkerung erst mit Verspätung und dann auch längst nicht so vollständig erfaßt, wie dies bei den Makedoniern der Fall war. Diese Ungleichzeitigkeit führte dazu, daß der Siedlungsraum der albanischen Bauern sich in den letzten Jahrzehnten nach Osten ausdehnte, begünstigt durch Landflucht und Abwanderung der Makedonier in die Städte. In den westmakedonischen Gemeinden verschieben sich

<sup>28</sup> Vladimir Gligorov, Dali e Makedonija država, ili samo eden *modus vivendi*? [Ist Makedonien ein Staat oder nur ein *Modus vivendi*?], in: Kapital (Skopje), 30 (12.5.2000), S. 14–15. Als *Modus vivendi* bezeichnet Gligorov Serbien unter Milošević, Bosnien und Hercegovina und den Kosovo. Er gibt nicht zu erkennen, ob Makedonien auch in diese Rubrik gehört.

<sup>29</sup> Seit den Balkankriegen 1912/13 gehörte die makedonische Kirchenorganisation zur autokephalen Kirche Serbiens. 1967 hat sich die Makedonische Orthodoxe Kirche

(MOK) mit Unterstützung der Führung in Belgrad von der Serbischen Kirche (SOK) getrennt und für autokephal erklärt. Die SOK weigert sich bis heute, die Selbständigkeit der MOK anzuerkennen. Vgl. Ekkehard Kraft, Religionsgemeinschaften in Makedonien, in: Walter Lukan/Peter Jordan (Hg.), Makedonien, Wien 1998 (Österreichische Osthefte 40/1998, Nr. 1–2), S. 339–376. Für den makedonisch-albanischen Konflikt spielen die religiös-konfessionellen Differenzen aus der Sicht der Makedonier aber keine Rolle.

deshalb die ethnischen Relationen immer weiter zugunsten der Albaner. Die stärkere ethnische Homogenisierung ist aber nicht nur ein Charakteristikum der albanischen Gemeinden im Westen, wie es der nationalistische Diskurs in der Republik suggeriert, sondern Teil eines allgemeinen Prozesses fortschreitender ethnischer Entmischung. Eine analoge Entwicklung vollzieht sich auch bei den anderen Volksgruppen. Entsprechend wächst der relative Anteil der makedonischen Bevölkerung auch in vorherrschend makedonischen Gemeinden.<sup>30</sup>

In absoluten Zahlen verschieben sich die Relationen ebenfalls immer mehr zugunsten der Albaner. Zwei Gründe sind im wesentlichen für den albanischen Bevölkerungszuwachs anzuführen. Die Fortgeltung traditioneller gesellschaftlicher Strukturen ist verantwortlich für die deutlich höhere Geburtenrate der Albaner. In den albanisch dominierten westmakedonischen Landkreisen Tetovo, Gostivar, Struga, Debar und Kičevo, wo in den 80er Jahren ein Fünftel der Bevölkerung lebte, war zur gleichen Zeit ein Drittel des Bevölkerungszuwachses der Republik zu verzeichnen.<sup>31</sup> Zum zweiten ist eine noch unbekannte Zahl von Albanern seit 1981 aus dem Kosovo nach Makedonien übergesiedelt. Nach makedonischem Recht (Gesetz vom Oktober 1992) ist ein mindestens 15jähriger Aufenthalt in der Republik Voraussetzung für den Erwerb der makedonischen Staatsbürgerschaft. Die Zuwanderer aus dem Kosovo besitzen daher zum größeren Teil nicht die makedonische Staatsbürgerschaft und sind deswegen in der Volkszählung von 1994 nicht erfasst worden. Die Schätzungen reichen von 100 000 bis 150 000 nicht erfassten Albanern. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung wären somit 5 bis 8% der Wohnbevölkerung Albaner ohne makedonische Staatsbürgerschaft. Der tatsächliche Anteil der Albaner an der gesamten Wohnbevölkerung läge demnach bei 28 bis 31%. Die Einbeziehung bzw. Nichteinbeziehung dieser Gruppe erklärt im wesentlichen die unterschiedlichen Schätzungen albanischer und makedonischer Politiker. Überzogen dürfte dennoch die Behauptung

<sup>30</sup> Vgl. Herbert *Büschfeld*, Die Volkszählung 1994 in Makedonien. Erste Ergebnisse, in: *Osteuropa*, 45 (1995), S. 769–776 (771). Ethnische Entmischung ist seit den 70er Jahren ein gesamtjugoslawisches Phänomen. Zu Bosnien vgl. Marie-Janine *Čalic*, Der Krieg in Bosnien-Herzegovina. Ursachen, Konfliktstrukturen, internationale Lösungsversuche, Frankfurt a.M. 1995, S. 76f.

<sup>31</sup> Vgl. Jens *Reuter*, Die albanische Minderheit in Mazedonien, in: *Südosteuropa*, 36 (1987), S. 587–597 (590).

der Albanerparteien sein, die Albaner würden mittlerweile 40 bis 50% der Bevölkerung stellen.

Bis heute liegt der Grad der Integration der Albaner in den Staatsapparat weit unter ihrem Anteil an der Bevölkerung. So waren 1997 im Außenministerium nur 7,33% Albaner beschäftigt, unter den 1600 Beamten des Finanzministeriums waren es 1996 5%,<sup>32</sup> und derzeit sind nur 3,1% der Polizisten und Berufsmilitärs Albaner.<sup>33</sup> Eine Erhöhung des Albaner-Anteils in der öffentlichen Verwaltung steht allerdings vor zwei grundlegenden Problemen. Einerseits ist das Ausbildungsniveau der Albaner allgemein niedriger als jenes der Makedonier. Zum anderen steht die makedonische Regierung unter massivem Druck internationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), die eine einschneidende Verkleinerung des makedonischen Verwaltungsapparates fordern. Von den abhängig Beschäftigten sind 84,5% Makedonier und nur 9,4% Albaner. NGOs gehen davon aus, daß der Anteil der Albaner entsprechend ihrer Bevölkerungsstärke bei 18,5% liegen müßte.<sup>34</sup> Das heißt aber nicht, daß die albanische Bevölkerung im Durchschnitt ärmer ist als die makedonische. Während die Makedonier vor allem in den maroden Staatsfabriken beschäftigt sind, findet man die Albaner mehr im privaten Sektor, in der Schattenwirtschaft und im Ausland. Zwar gibt es über die Einkommensverteilung keine Statistiken, doch läßt sich der relative Wohlstand und die umfangreiche Bautätigkeit im Westen des Landes leicht feststellen.

Das öffentliche und gesellschaftliche Leben ist durch eine weitgehende Segregation von makedonischer Mehrheits- und albanischer Minderheitsgesellschaft gekennzeichnet.<sup>35</sup> Symptomatisch für die Ent-

<sup>32</sup> Vgl. Milodrag *Labović*, Depolitizacija i(li) departizacija na državna uprava vo Republika Makedonija [Entpolitisierung und (oder) Ende der Parteiherrschaft in der staatlichen Verwaltung in der Republik Makedonien], Skopje 1999, S. 77 und S. 80.

<sup>33</sup> Vgl. *International Crisis Group*, Macedonia's Ethnic Albanians: Bridging the Gulf, 2.8.2000 ([http://www.crisisweb.org/projects/balkans/macedonia/reports/A400015\\_02082000.pdf](http://www.crisisweb.org/projects/balkans/macedonia/reports/A400015_02082000.pdf)), hier: D.3 Public Sector Employment.

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> »There is no love between us, maybe there are politicians, who say we love each other, but we hate each other«. Mit diesen Worten charakterisierte der albanische Politiker Arben *Xhaferi* auf einem Podiumsgespräch der Südosteuropa-Gesellschaft am 25.3.2000 in München das Verhältnis zwischen Makedoniern und Albanern. Dokumentation: Podiumsgespräch: Zukunft einer Konfliktregion. Aus der Sicht von Serbien, Montenegro, Kosovo und Mazedonien, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 40 (2000) 3, S. 235–265 (254).

wicklung der zwischennationalen Beziehungen ist der in den 80er Jahren erkennbare, deutlich vom gesamtjugoslawischen Trend abweichende Rückgang ethnischer Mischehen.<sup>36</sup> Anders als in Bulgarien, wo der Konflikt zwischen der bulgarischen Staatsnation und der türkischen Minderheit wiederholt gefährlich eskaliert ist, sind die makedonische und die albanische Teilgesellschaft nicht durch interethnische Arbeitsteilung miteinander verbunden.<sup>37</sup> In beiden Teilgesellschaften könnte sich deshalb die Vorstellung durchsetzen, man käme erheblich besser ganz ohne die andere aus. Der Modernisierungsabstand tut ein übriges, den Konflikt zwischen Albanern und Makedoniern noch zu verschärfen. Während in Bosnien-Herzegovina die kulturellen Differenzen marginal waren, sind sie in Makedonien deutlich präsent. Angesichts einer darniederliegenden Wirtschaft dienen den Makedoniern kulturelle Argumente vor allem zur Wahrung des sozialen Besitzstandes.

## Ethnie und Politik

Die interethnische Distanz führt dazu, daß in zentralen Fragen – Verfassung, Staatssprache, Staatsbürgerschaftsgesetz etc. – die Meinungen, die in den beiden Teilgesellschaften mehrheitlich vertreten werden, diametral entgegengesetzt sind. Während nur 28% der Makedonier nach einer Umfrage 1993 die minderheitenfreundliche Regelung der Verfassung gutheißen, daß in Gemeinden mit einem bedeutenden Anteil an Albanern das Albanische als zweite Amtssprache zugelassen ist, fordern 84% der befragten Albaner eine generelle Gleichbehandlung ihrer Sprache auf allen Staatsebenen.<sup>38</sup> Für die langfristige

Entwicklung besonders problematisch ist der Umstand, daß die nationalistische Ausrichtung bei den Angehörigen beider Gruppen um so ausgeprägter ist, je jünger und städtischer sie sind. Wie sehr das Verhältnis zu den Albanern aus Sicht der Makedonier bereits Ende der 80er Jahre andere Konflikte überlagerte, macht eine Umfrage der soziologischen Fakultät der Universität Skopje in der Republik Makedonien aus dem Jahre 1988 deutlich.<sup>39</sup> Auf dem 8. Plenum des ZK des Bundes der Kommunisten Serbiens Ende 1987 war es zu der für den politischen Durchbruch von Slobodan Milošević bedeutsamen Ablösung der bisherigen Parteiführung von Ivan Stambolić gekommen. Nur 6,1% der befragten Makedonier stimmten vorbehaltlos mit der Bewertung überein, daß der Durchbruch von Milošević das Resultat eines gestärkten serbischen Nationalismus sei. 14,1% bejahten diese Sicht teilweise, 39,5% aber lehnten sie grundsätzlich ab. 55,3% stimmten ganz oder teilweise damit überein, daß die Abwahl von Stambolić eine normale Reaktion auf dessen »Opportunismus gegenüber dem albanischen Nationalismus« sei. Nur 10,4% sahen darin überhaupt keinen Grund.

Über alle politischen und ideologischen Grenzen hinweg ist unter den Makedoniern die Überzeugung fest verankert, daß die politischen Forderungen der Albaner letztlich auf nichts anderes als auf eine Sezession abzielen. Die durch die geringere politische Differenzierung bedingte größere politische Geschlossenheit des albanischen Lagers verstärkt noch die ebenfalls vorhandenen Verdrängungsängste unter den Makedoniern. Umgekehrt fühlen sich die Albaner von den Makedoniern in sozialer und kultureller Hinsicht wie Menschen zweiter Klasse behandelt.

Der ethnische Konflikt in Makedonien ist im Kern eine makedonisch-albanische Auseinandersetzung, in der auch die christlich-orthodoxen Serben und Aromunen in der Regel neben den muslimischen Türken und Roma auf der Seite der Makedonier stehen. Selbst zwischen den sozial in jeder Hinsicht diskriminierten Roma und den Makedoniern ist die Distanz nicht so groß wie zwischen Makedoniern und Albanern. Die Gründe für die ethnischen Entzweigungen und Parteinahmen reichen in die Verhältnisse im früheren Jugoslawien zurück.

View from within, in: Gerd Nonneman (Hg.), *Muslim Communities in the New Europe*, Ithaca 1996, S. 75–97 (91–95).

<sup>39</sup> Vgl. *Institut za sociološki i političko-pravni istraživanja*, *Javnoto misljenje vo SRM* [Die öffentliche Meinung in der Sozialistischen Republik Makedonien], Skopje 1989, S. 197–204.

<sup>36</sup> Vgl. Nationale Mischehen in Jugoslawien, in: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa, 29 (1980) 6/7, S. 162–164, und Dokumentation: Bildung wichtiger als Nationalität für den Bestand einer Ehe. Zur Frage gemischt-nationaler Ehen in Jugoslawien, in: Osteuropa, 41 (1991), S. A528–A530.

<sup>37</sup> Ein wichtiger Sektor der Tabakproduktion in Bulgarien wird fast ausschließlich von Türken betrieben und ist unmittelbar mit ihrer Arbeits- und Lebensweise verbunden. Die Auswanderung von fast 300 000 Türken Ende der 80er Jahre als Folge der von der bulgarischen Regierung forcierten Zwangsassimilierung führte deshalb zum Zusammenbruch ganzer Produktionszweige. Vgl. Rumen Dimitrov, 1995: Türken, Tabak, Politik – Zur Ökonomisierung ethnischer Konflikte in Bulgarien, in: Magarditsch A. *Hatschikjan*/Peter R. *Weidmann*, Nationalismen im Umbruch. Ethnizität, Staat und Politik im neuen Osteuropa, Köln 1995, S. 75–88 (77–78).

<sup>38</sup> Vgl. Mirjana *Najcevska*/Emilija *Simoska*/Natasha *Gaber*, Muslims, State and Society in the Republic of Macedonia: The

Im Zuge der Föderalisierung seit Mitte der 60er Jahre, aber insbesondere nach Inkrafttreten der Verfassung von 1974 wurde Jugoslawien in eine Gesellschaft umgewandelt, die aus mehreren geschlossenen nationalen Gemeinschaften bestand. Diese Gemeinschaften konkurrierten um staatliche Machtpositionen und auf Gemeindeebene auch um Wohnungen oder Arbeitsplätze. Was ein Volk haben wollte, mußte es den anderen wegnehmen. In der Konsequenz förderte dies ethnisch-paternalistische Verhältnisse, zumal sich soziale Interessen einzig legitim nur in Form von ethnischen Forderungen artikulieren ließen. Reale ethnische Diskriminierung, national unspezifische bürokratische Willkür und allgemeine politische Unterdrückung verschmolzen in der Perspektive der einzelnen Nationalitäten zu einem einzigen Syndrom: nationale Unterdrückung.<sup>40</sup>

Die makedonischen Albaner, die keine Autonomie-rechte besaßen, wurden in der Universität in Priština politisiert. Diese Universität im benachbarten Kosovo entwickelte sich in den 70er Jahren zur Hochburg des albanischen Nationalismus in Jugoslawien. Nicht zuletzt unter ihrem Einfluß und durch den beschleunigten sozialen Wandel bildete sich eine albanische Elite heraus, die sich verstärkt in das ausgeklügelte »balance of power«-System aus Republiken, nationalen Gruppen, Partei und Armee einschaltete. Die politische Elite hat jedoch kaum politische Erfahrung, da es in Makedonien weder eine Autonomie wie im Kosovo gab noch eine nennenswerte Partizipation der Albaner am makedonischen politischen System der letzten 50 Jahre.<sup>41</sup>

Unter den Bedingungen der Demokratie setzten sich die ethnischen Verhaltensmuster aus jugoslawischer Zeit in Makedonien in Form ethnischer Parteibildung und ethnisch bedingten Wahlverhaltens fort. Obwohl sich seit 1992 die Regierungsbeteiligung einer der beiden großen albanischen Parteien eingebürgert hat, spielt der makedonisch-albanische Konflikt in der parteipolitischen Auseinandersetzung nach wie vor eine große Rolle. Je heftiger die Kritik ist, die eine Partei des einen Lagers aus dem jeweils

<sup>40</sup> Die Konsequenzen dieses Systems, in dem jeder politische Konflikt zu einer nationalen Auseinandersetzung wurde, hat der ehemalige Theoretiker des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus, Branko Horvat, in seinem Versuch aufgezeigt, die Kosovoproblematik statt in national-serbischer in gesamtjugoslawischer Perspektive zu erörtern. Vgl. Branko Horvat, *Kosovsko Pitanje [Die Kosovo-Frage]*, Zagreb 1988.

<sup>41</sup> Vgl. Teuta Arifi, in: *Albanian Society in Macedonia and Montenegro*, Harriman Review, 9 (1996) 3, S. 38–54 (42).

anderen erfährt, desto hegemoniefähiger wird sie im eigenen nationalen Block. So wurde etwa der Vorsitzende der albanischen DPA, Arben Xhaferi, im Laufe des Jahres 2000 mehrfach von makedonischsprachigen Zeitungen beschuldigt, 1 Mio. Dollar von einer internationalen Organisation erhalten zu haben. Obwohl hier offensichtlich eine (eventuell gar beabsichtigte) Verwechslung mit einem gleichnamigen Geschäftsmann in Albanien vorlag und der DPA-Vorsitzende von NGO-Vertretern gedrängt wurde, gegen die entsprechenden Zeitungsmacher Strafanzeige zu erstatten, hielt sich Xhaferi doch zurück, öffentlich die Anschuldigungen zu entkräften. Je stärker er nämlich in die Opferrolle gedrängt wurde, desto populärer wurde seine Partei unter den Albanern.

Wenn Albaner seit 1999 davon sprechen, daß das interethnische Klima in Makedonien noch nie so gut war, sagt das weniger etwas über die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Entsprechende Äußerungen besagen vielmehr, daß die albanischen Parteien sich seit dem Kosovokrieg im politischen Aufwind sehen. Solche positiven Einschätzungen der Albaner korrespondieren nahezu automatisch mit negativen der Makedonier, die in der Mehrzahl die Beziehungen für noch nie so schlecht hielten wie nach 1999.<sup>42</sup> Die häufig in der Literatur zu lesende Behauptung, die auch von NGOs gelegentlich zu hören ist, daß nämlich die albanischen Parteien durch die unterschiedliche Größe der Wahlkreise benachteiligt würden, trifft nicht zu.<sup>43</sup> Dagegen spricht allein schon der Umstand, daß die Albanerparteien bei den Wahlen 1998 20% von den 85 nach dem Mehrheitswahlrecht zu vergebenden Sitzen gewannen. Sie erhielten dabei prozentual nicht weniger Sitze als im zweiten Wahlsegment, wo 35 Sitze nach dem Verhältniswahlrecht vergeben werden, nämlich 18,69%. Das eigentliche Problem ist das ethnische Wahlverhalten und die

<sup>42</sup> Vgl. *International Crisis Group*, *Bridging the Gulf*, Executive Summary and Recommendations.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., Anm. 9, wo behauptet wird, daß es in albanischen Bezirken in Skopje Wahlkreise mit 30 000 Wahlberechtigten gibt, während die fast rein makedonische Stadt Štip Wahlkreise mit nur 5000 oder weniger Wahlberechtigten hätte. Nach dem makedonischen Wahlgesetz darf die Zahl der Wahlberechtigten eines Wahlkreises 10% derjenigen des durchschnittlichen Wahlkreises nicht über- bzw. unterschreiten. Tatsächlich beziffert sie sich auf zwischen 20 000 und knapp 17 000. Wahlkreise mit 5000 oder 30 000 Wahlberechtigten gibt es nicht. Die beiden Wahlkreise in Štip hatten 19 779 bzw. 18 182 Wahlberechtigte. Vgl. die Liste der Wahlkreise in *OSZE/ODIHR*, *International Observer Guide*, Former Yugoslav Republic of Macedonia 1998.



Frage, ob das in Makedonien praktizierte Mehrheitswahlrecht angesichts der ethnischen Polarisierung nicht eher eskalierend als beruhigend wirkt.

## Ethnische Konflikte um Staat und Status

Von Anfang an waren zwischen der makedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit zwei Fragen heftig umstritten: die nach dem Charakter des Staates (ethnisch definiert oder ethnisch indifferent) und die nach seiner Struktur (unitaristisch, wie von den Makedoniern gewünscht und in Artikel 1 der Verfassung angedeutet, oder föderal, was die Albaner wollen). In allen ethnischen Auseinandersetzungen stand der Streit um diese Fragen im Hintergrund. Vertreter einer nicht ethnisch definierten Konstitution sind auf beiden Seiten eine verschwindend kleine Minderheit.<sup>44</sup>

Die albanischen Parteien lehnen die der jugoslawischen Verfassungstheorie entlehnte Unterscheidung zwischen konstitutiven Nationen (*narod*) und nicht-konstitutiven Nationalitäten (*nacionalnosti*) ab. Nach ihrer Vorstellung sollen die Albaner als zweite konstitutive Nation in der Verfassung anerkannt und ihr Sonderstatus institutionalisiert werden, Albanisch soll als zweite offizielle Sprache gelten. Ihre Forderungen zielen letztlich auf einen ethnisch definierten binationalen Staat.

Wie die meisten Länder in Südosteuropa hat sich auch Makedonien beim Staatsaufbau am zentralistischen französischen Modell orientiert. Zwischen dem Zentralstaat und den Kommunen gibt es nicht die politisch-administrative Zwischenebene der Regionen. Seit Mitte der 60er Jahre haben alle jugoslawischen Republiken einen starken Zentralisierungsschub erlebt, der mit der neuen Verfassung von 1974 noch forciert wurde. Die Probleme, die sich aus der ethnisch-kulturellen Definition des Nationalstaates ergaben, wurden damit auch von der übergeordneten Zentralstaatsebene auf die der Republiken verlagert.<sup>45</sup> Im Zuge der staatlichen Verselbständigung der vormaligen Republik Makedonien von 1990 bis 1992 wurden die bisher bei den Kommunen angestellten Verwaltungsbeamten, bis dato ca. drei Viertel aller Staatsbeamten, weitestgehend unmittelbar der

Zentralregierung unterstellt. Die politische Führung in Skopje fürchtete Desintegrationstendenzen im Prozeß der Unabhängigkeit und wollte mit dieser Maßnahme selbstherrliche Lokalpatriarchen einer stärkeren zentralen Kontrolle unterwerfen. Die Möglichkeiten kommunaler Selbstverwaltung sind damit stark begrenzt worden.<sup>46</sup>

Vertreter der albanischen Parteien haben sich wiederholt für eine stärkere Dezentralisierung des Landes, eine Föderalisierung oder gar für eine Autonomie in Westmakedonien eingesetzt.<sup>47</sup> Die Verknüpfung der Forderung nach Dezentralisierung mit jener nach Aufwertung des Status der Albaner birgt politischen Sprengstoff. Über alle Parteigrenzen hinweg sehen die makedonischen Politiker nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bosnischen Erfahrung in der von den Albanern geforderten Dezentralisierung des Staates nur ein Vehikel für eine spätere Konföderalisierung und damit für die Aufspaltung in einen albanischen und einen makedonischen Teilstaat, was in ihrer Sicht nur den Auftakt bildet für eine Zerstörung Makedoniens. Auch wenn diese Befürchtungen übertrieben sein mögen, droht von einer Dezentralisierung des Landes entlang ethnisch-nationaler Linien in jedem Fall die Gefahr einer weiteren Entfremdung von Albanern und Makedoniern.

Andererseits führt die Überzentralisierung des Staates dazu, daß die Gemeinden sich weniger mit kommunalen Angelegenheiten beschäftigen und zum Ersatzschauplatz von politischen Auseinandersetzungen auf Zentralstaatsebene werden. Kommunalwahlen sind in diesem Klima nicht nur ein Testlauf für die nächsten Parlamentswahlen, sie verschärfen auch jedesmal das interethnische Klima. Arben Xhaferi, Vorsitzender der in der Regierung befindlichen DPA (Demokratische Partei der Albaner), bezeichnete beispielsweise im Kommunalwahlkampf (!) im Herbst 2000 als wichtigste Wahlkampfziele seiner Partei: die Unabhängigkeit des Kosovo, die Anerkennung der Albaner als zweite staatsbildende Nation in der Verfassung und die Annäherung aller Albaner der Region (also in Albanien, Kosovo, Makedonien und Montenegro) an Europa.<sup>48</sup> Der oppositionelle SDSM (Sozial-

<sup>44</sup> Vgl. Robert W. Mickey, Citizenship, Status, and Minority Political Participation: The Evidence from the Republic of Macedonia, in: *Nonneman*, Muslim Communities, S. 53-74.

<sup>45</sup> Vgl. Magarditsch A. Hatschikjan, Nationalismen im Umbruch – Umbruch der Nationalismen?, in: *Hatschikjan/Weidmann*, Nationalismen im Umbruch, S. 249-266 (257).

<sup>46</sup> Während die Zahl der in Republiksorganen Beschäftigten von 1687 (1990) auf 6510 (1992) stieg, sank jene der städtischen Beschäftigten von 643 (1990) auf 154 (1992) und die der Kommunalbeschäftigten von 5360 (1990) auf 116 (1992)! *Labović*, Depolitizacija, S. 75, Tabelle 1.

<sup>47</sup> Vgl. *International Crisis Group*, Bridging the Gulf, hier: E. Federalisation or Decentralisation.

<sup>48</sup> Vgl. Iso Rusi, Local Elections – »A Lost Cause«, in:

demokratischer Bund Makedoniens) wiederum nutzte diesen Forderungskatalog der DPA, um im makedonischen Lager hegemoniefähig zu werden. Er beschuldigte die VMRO-DPMNE, mit der Beteiligung der DPA an der Regierung den Ausverkauf makedonischer Nationalinteressen an die Albaner zu betreiben.

Aufgrund der Verknüpfung mit der Statusfrage werden Volkszählungen regelmäßig zu Ereignissen von eminenter politischer Bedeutung. Sie bestimmen über die Machtverteilung zwischen den Nationen. Der PDP-Führer Nevzat Halili rief zum Boykott der letzten jugoslawischen Volkszählung vom 1. bis 15. April 1991 auf, da in den Zensuskommissionen Albaner unterrepräsentiert und die Fragebögen nur in Makedonisch verfaßt seien. Ca. drei Viertel der Albaner in Makedonien folgten damals dem Aufruf.<sup>49</sup> Der Anteil der Albaner wurde auf der Basis der vorangegangenen Zählungen auf 21% hochgerechnet. Da jedoch nicht nur die makedonischen Staatsangehörigen gezählt wurden, sondern auch die gesamte Wohnbevölkerung, haben die Albaner Makedoniens mit dem Boykott die Chance vertan, ihre Gesamtzahl feststellen zu lassen.<sup>50</sup> Um die anhaltenden Kontroversen über die Größe des albanischen Bevölkerungsteils beizulegen, wurde für Juni 1994 eine neue Zählung angesetzt, bei der die von den Albanern vorgebrachten Einwände Berücksichtigung fanden. Eine Expertengruppe des Europarates und der EU bezeichnete in einer abschließenden Pressekonferenz die Rahmenorganisation und die Datenauswertung als internationalen Standards entsprechend und korrekt.<sup>51</sup> Negative Vorzeichen für den kommenden Zensus im Mai 2001 sind, daß auf der höheren Ebene des zuständigen Gremiums kein Albaner eingestellt wurde und daß ebenfalls kein Albaner Mitglied der Delegation ist, die zur Schulung an die Eurostat-Behörde in Luxemburg entsandt wurde.<sup>52</sup>

Alternativna informaciona mreža (AIM), Skopje, 6.9.2000 (<http://www.aimpress.org/dyn/trae/archive/data/200009/00909-001-trae-sko.htm>).

<sup>49</sup> Vgl. Milan *Andrejevich*, Resurgent Nationalism in Macedonia: A Challenge to Pluralism, in: Radio Free Europe/Radio Liberty Report on Eastern Europe, 2 (17.5.1991) 20, S. 26–29 (27–28).

<sup>50</sup> Es gab in der Bundesrepublik Jugoslawien keine jugoslawische Staatsangehörigkeit, sondern nur eine der Republik Makedonien, der Republik Serbien etc.

<sup>51</sup> Einzig in der Gemeinde Debar hat etwa die Hälfte der Einwohner die Zählung boykottiert. Das sind ca. 0,6% der Gesamtbevölkerung.

<sup>52</sup> Vgl. *International Crisis Group*, Bridging the Gulf, I.I.B. Census.

Mit dem Problem des Status der Albaner eng verbunden ist das der Bildung. Die Bildungspolitik ist in den letzten Jahren immer mehr ins Zentrum des makedonisch-albanischen Konflikts gerückt und gleichzeitig zum Medium der allgemeinpolitischen Forderungen der albanischen Parteien geworden. Anders als in den Schulen ist Lehrsprache an der Universität ausschließlich das Makedonische. Bis zur Aufhebung der Autonomie im Kosovo 1989 hatten die meisten makedonischen Albaner auf der Universität im dortigen Priština studiert. Als dieser Weg nicht mehr offenstand, kam es zu der von allen albanischen Parteien unterstützten Gründung einer privaten albanischen Universität bei Tetovo am 17. Dezember 1994, an der ca. 1500 bis 2000 Studenten studieren, deren Diplome von anderen Universitäten »verifiziert« werden können.

Die Regierung in Skopje hat die Universität zunächst für illegal erklärt. Bei ersten Zusammenstößen zwischen albanischen Demonstranten und makedonischer Polizei im Februar 1995 war ein Albaner getötet worden. Ungeachtet dessen wurde der Betrieb unter großem finanziellem Einsatz breiter Teile der albanischen Gesellschaft aufrechterhalten. Der Versuch der Regierung, den Konflikt um die Tetovo-Universität am 30. Januar 1997 durch ein Gesetz über die Sprachen an der Pädagogischen Fakultät zu entschärfen, das Prüfungen in albanischer Sprache erlaubte, stieß auf den Widerstand des Dekanats der Universität Skopje und protestierender Studenten aus dem Umfeld der damals oppositionellen VMRO-DPMNE, die das Gesetz für verfassungswidrig hielten. Auch die Albanerparteien votierten in der entscheidenden Abstimmung gegen das Gesetz. Mittlerweile zeichnet sich mit der Annahme eines neuen Gesetzes über die Höhere Bildung vom 25. Juli 2000 eine Kompromißlösung ab. In Tetovo wird neben Skopje und Bitola keine dritte staatliche, sondern eine private, zunächst von ausländischen Sponsoren finanzierte Universität existieren, die allen Nationalitäten offensteht. Unterrichtssprachen sind neben Albanisch eine oder zwei ausländische Sprachen sowie Makedonisch für einzelne Pflichtveranstaltungen.<sup>53</sup>

<sup>53</sup> Vgl. ebd., II.D.4 Albanian Language Education, und Fabian *Schmidt*, Dokumentation: OSZE-Schlichtungsvorschlag für Tetovo-Universität, in: Südosteuropa, 49 (2000), S. 196–200.

## Der makedonische Weg der Transformation

### Interethnische Radikalisierung: Die Phase bis Mitte 1992

Zusammen mit Montenegro und dem Kosovo zählte Makedonien zu den ärmsten Republiken Jugoslawiens. Bei extrem hohen Wachstumsraten in den 50er und 60er Jahren gelang es Makedonien zunächst, den Abstand zu den fortgeschritteneren Republiken Jugoslawiens zu verringern, bis Mitte der 70er Jahre eine gegenläufige Bewegung einsetzte. Betrug das Brutto-sozialprodukt Makedoniens 1975 noch 86% des gesamtjugoslawischen Durchschnitts, war es 1986 auf nur 70% geschrumpft.<sup>54</sup> Das wichtigste landwirtschaftliche Erzeugnis, der Tabak, war bereits seit Anfang der 80er Jahre von der allgemeinen Krise der Tabakproduktion in Südosteuropa betroffen. Als Folge der schweren Wirtschaftskrise in den 80er Jahren hatte die Republikführung Makedonien 1987 für bankrott erklärt,<sup>55</sup> der Lebensstandard sank drastisch ab. Nach der Unabhängigkeit hat sich diese Tendenz noch beschleunigt, breite Teile der Bevölkerung verarmten. Der kontinuierliche Rückgang der Industrieproduktion seit Ende der 80er Jahre hat die Stadtbevölkerung (nahezu 60% der Gesamtbevölkerung) besonders hart getroffen und neben der hohen Arbeitslosigkeit von über 30% zu einer Verlagerung der Beschäftigung in den Dienstleistungssektor und den Kleinhandel geführt, wo heute mehr als 70% der Erwerbstätigen beschäftigt sind.

Makedonien begann als letzter unter den Nachfolgestaaten Jugoslawiens seine Wirtschaft zu transformieren. Wirtschaftspolitik besteht vor allem darin, internationale Kredite zu mobilisieren. Die Regierung spekuliert darauf, daß ihr das westliche Interesse an der »Insel der Stabilität auf dem Balkan« zu weiterer finanzieller Unterstützung verhilft. Der größte Teil der Kredite fließt aber direkt in die Konsumtion und kommt eben nicht der Wirtschaft in Form von Investitionen zugute. Die langfristigen Wirtschaftsprobleme lassen sich auf diese Weise nicht lösen.

Im Gefolge der Krise der 80er Jahre waren die interethnischen Spannungen zwischen Makedoniern und Albanern deutlich angestiegen. Im nationalistischen Diskurs der Republik wurden die muslimischen Albaner aufgrund ihrer höheren Geburtenrate als Modernisierungshindernis angesehen. Die makedonische Regierung ließ in den albanischen Siedlungszentren Gostivar und Tetovo großflächig die hohen Begrenzungsmauern einreißen, die albanische Häuser und Höfe traditionell umgeben, um der Bildung von Widerstandsnestern vorzubeugen.<sup>56</sup> Und die Frage der Schulausbildung in Albanisch wurde nun erheblich restriktiver als zuvor behandelt. Nach einem 1985 erlassenen Gesetz waren mindestens 30 statt bisher 20 albanische Muttersprachler in einer Klasse nötig, damit der Unterricht in Albanisch abgehalten werden konnte.

1986 fand in Partei- und Staatsführung ein Generationswechsel statt. Die bisher tonangebende Partisanengeneration wurde endgültig durch jüngere Parteikader abgelöst. Die personelle Erneuerung der Parteispitze war aber nicht unbedingt mit einer inhaltlichen Neuausrichtung oder einem Politikwechsel verbunden. Die politischen Initiativen der neuen Führung waren vor allem von Schwankungen und der Unsicherheit darüber geprägt, wie den zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Problemen zu begegnen sei. Zumindest auf einen Teil des neuen Führungspersonals, wie den im Juni 1989 in geheimer und direkter Wahl zum makedonischen Vertreter im jugoslawischen Staatspräsidium gewählten 38 Jahre alten Vasil Tupurkovski, schien die »antibürokratische Revolution« des serbischen Parteivorsitzenden Slobodan Milošević zeitweise eine gewisse Faszination auszuüben.<sup>57</sup> Erst auf dem 10. Parteikongreß des SKM (Bund der Kommunisten Makedoniens) vom 26. bis 28. November 1989 in Skopje setzte sich dann auch ein politischer Wechsel in der Führungsspitze durch. Seit der Wahl von Petar Gošev zum Parteivorsitzenden bestimmten Kräfte den Kurs der Partei, die an die libe-

<sup>54</sup> Vgl. Ramet, Nationalism, S. 142–143.

<sup>55</sup> Vgl. Milan Andrejevich, Macedonia: A Republic in Crisis, in: Radio Free Europe/Radio Liberty Yugoslav Situation Report, 18.12.1987, S. 19–23 (20).

<sup>56</sup> Vgl. ebd., S. 22.

<sup>57</sup> Vgl. Milan Andrejevich, Bosnia and Macedonia Elect Yugoslav State Presidency Members, in: Radio Free Europe/Radio Liberty Yugoslav Situation Report, 20.7.1989, S. 15–20.

rale Strömung im SKM Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre anknüpfen.<sup>58</sup> Die makedonischen Kommunisten gingen jetzt vorsichtig auf Distanz zur Belgrader Führung. In der Politik gegenüber der albanischen Minderheit fand jedoch kein Richtungswechsel statt.

Der Republik Makedonien haftete lange Zeit das Image einer letzten »Festung des Kommunismus und Titoismus« an.<sup>59</sup> Opposition und Dissidententum waren nur Randphänomene.<sup>60</sup> In den anderen Teilen Jugoslawiens entwickelte sich als Folge der sozialistischen Modernisierung in den 80er Jahren eine Diskussion über eine Ruralisierung urbaner Kultur, die dann zu einer wichtigen Triebfeder für einen antijugoslawischen Nationalismus wurde. In Makedonien fand dieser Diskurs nur einen sehr schwachen Widerhall. Eine bürgerliche Schicht hatte sich kaum ausgeprägt, so daß auch keine nationalistische Anreicherung bürgerlicher Ressentiments gegen die kommunistische Herrschaft möglich war.

Triebkräfte in Richtung Systemtransformation waren 1989/90 in Makedonien kaum entwickelt. Demonstrationen für die Einführung eines Mehrparteiensystems gab es hier ebensowenig wie entfaltete politische Gegensätze.<sup>61</sup> Anders als in Kroatien, Slowenien und Serbien war die öffentliche Diskussion auch nicht von antijugoslawischen Affekten geprägt. Die Änderung des politischen Systems war vielmehr eine Reaktion auf die Krise der jugoslawischen Föderation. Ende 1988 hatte die Bundesregierung in 39 Verfassungsänderungen den Republiken zusätzliche Kompetenzen zugesprochen, darunter die zur unmittelbaren und geheimen Wahl der Abgeordneten.<sup>62</sup> Wie die anderen Republiken novellierte und ergänzte nun auch Makedonien seine Verfassung in den Jahren 1989 und 1990. Damit wurden die Voraussetzungen für die ersten pluralistischen Wahlen im November 1990 geschaffen.

Die Verfassungsänderungen führten in den Republiken aber auch zur Einschränkung der Minderheitenrechte. Im Frühjahr 1989 änderte das makedonische Parlament die Verfassung von 1974 und taufte den »Staat des makedonischen Volkes und der albanischen und türkischen Minderheiten« um in den »Nationalstaat der makedonischen Nation«.<sup>63</sup> Das Motiv ist nicht zuletzt in dem Versuch der Führung in Skopje zu sehen, die Kontrolle über die makedonische Mehrheitsgesellschaft zu festigen.<sup>64</sup> Damit einher ging eine drastische Einschränkung des Rechts auf Gebrauch der Minderheitensprache im dienstlichen und öffentlichen Bereich und in der Ausbildung. Die Regel wurde außer Kraft gesetzt, daß in Gemeinden, in denen nationale Minderheiten einen bedeutenden Teil der Bevölkerung stellen, deren Sprache neben dem Makedonischen zweite Amtssprache sein sollte; der Gebrauch des Makedonischen wurde obligatorisch. Makedonien steuerte in den Jahren 1990/91 einen Kurs innerer Nationalisierung, der die Stabilität und Zukunft des Landes zu gefährden drohte.

Das 1990 entstandene Parteiensystem kann auf keinerlei historische Traditionen zurückblicken. Es stellte im Prinzip eine Legalisierung der bereits in den 80er Jahren vorhandenen politischen Strömungen innerhalb des SKM dar. Die programmatischen und ideologischen Unterschiede zwischen den drei großen Lagern von Postkommunisten, Nationalisten und Albanern sind bis heute gering. Gemeinsam ist ihnen die parlamentarisch-demokratische Orientierung, die Betonung der Notwendigkeit marktwirtschaftlicher Reformen sowie die Achtung der Menschenrechte. Außenpolitisch setzen sich alle für eine »Politik der Äquidistanz« zu den vier Nachbarstaaten und für die Integration in EU und NATO ein.

Die ersten pluralistischen Parlaments- und Kommunalwahlen am 11. und 25. November sowie 12. Dezember 1990 waren von starken ethnischen Spannungen begleitet. Bei den Parlamentswahlen gelang es der albanischen PDP, drei der neun Sitze zu gewinnen.<sup>65</sup> Da das albanische Parteienspektrum 1990 noch kaum politisch ausdifferenziert war, verfügten die albanischen Parteien in der ersten Runde aufgrund des ethnischen Wahlverhaltens in den gemischtnatio-

Die ersten pluralistischen Parlaments- und Kommunalwahlen am 11. und 25. November sowie 12. Dezember 1990 waren von starken ethnischen Spannungen begleitet. Bei den Parlamentswahlen gelang es der albanischen PDP, drei der neun Sitze zu gewinnen.<sup>65</sup> Da das albanische Parteienspektrum 1990 noch kaum politisch ausdifferenziert war, verfügten die albanischen Parteien in der ersten Runde aufgrund des ethnischen Wahlverhaltens in den gemischtnatio-

<sup>58</sup> Vgl. Viktor Meier, *Wie Jugoslawien verspielt wurde*, München 1995, S. 318.

<sup>59</sup> Vgl. Mirčev, *Dramata*, S. 157–160 und S. 174.

<sup>60</sup> Vgl. Ima li disidenti vo Makedonija? [Gibt es Dissidenten in Makedonien?], in: *Makedonija vo svetot*, (2000) 2/3, S. 12.

<sup>61</sup> Vgl. Mirčev, *Dramata*, S. 157f.

<sup>62</sup> Vgl. Ilona Slawinski, *Die Rechtsentwicklung Makedoniens seit 1991*, in: *Lukan/Jordan*, Makedonien, S. 459–479 (459).

<sup>63</sup> Vgl. Milan Andrejevich, *Macedonia Cracks Down on Legal Status of Minorities*, in: *Radio Free Europe/Radio Liberty Yugoslav Situation Report*, 26.5.1989, S. 15–19.

<sup>64</sup> »Eine neue Definition der Staatlichkeit würde die nationale Integrität der Makedonier festigen«. Mit diesen Worten zitiert Andrejevich einen nicht genannten Regierungsvertreter, ebd., S. 15.

<sup>65</sup> Das makedonische Mehrheitswahlssystem für die 120 Sitze des Parlaments hat in der Regel zwei Wahlrunden zur Folge. In der ersten Runde gewinnt derjenige Kandidat, der die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen kann. Diese Mehrheit muß aber mindestens ein Drittel aller Wahlberechtigten in dem Wahlkreis umfassen.

nen Wahlbezirken über einen gewissermaßen natürlichen Vorteil. Folge war ein national stark emotionalisierter Wahlkampf in der zweiten Runde, der vor allem der VMRO-DPMNE zugute kam, die die makedonischen Ängste vor einer albanischen Majorität in Westmakedonien erfolgreich zu schüren wußte. Vor allem ihr antialbanisches Image führte ihr Wähler zu, so daß sie knapp vor der größten postkommunistischen Partei, dem SDSM,<sup>66</sup> als stärkste Parlamentsfraktion aus den ersten Wahlen hervorging.

Unzufriedenheit mit den politischen Rechten der von ihr vertretenen nationalen Gruppe war der Grund dafür, daß die politische Elite der makedonischen Albaner gegen die Unabhängigkeit Makedoniens war und zum Boykott des Referendums vom 8. September 1991 aufrief. Jahrelang benutzten Vertreter albanischer Parteien anstelle des offiziellen Staatsnamens Bezeichnungen, die von den Makedoniern als diskriminierend empfunden wurden, wie etwa »Republik von Skopje«, »Nordmakedonien« oder das 1993 von Griechenland eingeführte Kürzel FYROM. Für den 11. und 12. Januar 1992 organisierten sie ein Referendum über eine »territoriale Autonomie für die Albaner Makedoniens« im Westen und Nordwesten des Landes, an dem nach Angaben eines albanischen Parteisprechers mehr als 90% der albanischen Bevölkerung teilnahmen. Nachdem drei Viertel mit Ja gestimmt hatten, riefen albanische Radikale im südwestmakedonischen Struga eine albanische Republik Ilirida aus.<sup>67</sup> Diese Abstimmung löste keine konkreten politischen Schritte aus. Und obwohl die Regierung sie für illegal erklärte, wurde sie nicht strafrechtlich sanktioniert.

Die Regierungsbildung 1991 war insofern auch von der Verschlechterung des makedonisch-albanischen Verhältnisses überschattet. Sie war zusätzlich dadurch stark erschwert, daß im Parlament eine Pattsituation eingetreten war. 38 Mandate hatte die VMRO-DPMNE bekommen, 31 der postkommunistische SDSM, 23 die albanischen Parteien (davon 22 die PDP) und 22 die beiden ebenfalls postkommunistischen Parteien der Liberalen und Sozialisten. Nach langwierigen Verhandlungen wurde am 20. März 1991 mit der überparteilichen »Regierung der Experten« eine Kompromißlösung gefunden. Ministerposten bekleideten neben einigen Postkommunisten auch etliche militante Nationalisten aus dem Umkreis der Makedoni-

schen Akademie der Wissenschaften und Künste (MANU) und der ihr nahestehenden Partei MAAK, wie der Historiker Blaže Ristovski und der Regierungschef Nikola Kljusev,<sup>68</sup> sowie aus der VMRO-DPMNE, wie Dimitar Dimitrov (Bildung) und Martin Trenevski (Information). Der Nationalismus der VMRO-DPMNE steht dem der regimenahen Intellektuellen der MANU zwar in wichtigen Inhalten diametral entgegen. In ihrer feindlichen Haltung gegenüber der albanischen Minderheit treffen sich aber beide Strömungen. Obwohl der »Regierung der Experten« neben dem Albaner Toska Alajdin mit Beqir Zhuta und Iliaz Sabriu auch zwei Minister angehörten, die der albanischen PDP nahestanden bzw. deren Mitglied waren, beruhte sie auf einem parteiübergreifenden makedonischen Kompromiß mit einer Tendenz zum Ausschluß der Albaner. Die 17 Stimmen im Parlament gegen die Wahl der Regierung kamen deshalb auch überwiegend von der albanischen PDP.<sup>69</sup>

In dieser Periode gab es deutliche Indizien für ein Machtvakuum, das Gruppen ohne relevante Machtbasis in der Republik Einfluß auf die Regierungsgeschäfte verschaffte. So war es dem Einfluß radikaler Emigranten aus Australien zuzuschreiben, daß sich das Parlament am 11. August 1992, also nach der Eskalation des Konfliktes mit Griechenland, für den 16strahligen »Stern von Vergina« als Symbol auf der neuen Staatsflagge entschied. »Wir haben dieses Symbol aufgrund des Drucks unserer Diaspora gewählt«, bekannte denn auch der VMRO-Vorsitzende Ljupčo Georgievski.<sup>70</sup>

### Politische Entspannung: Die Phase bis Ende 1995

Ein erfolgreiches parlamentarisches Mißtrauensvotum am 7. Juli 1992 führte zum Sturz der Regierung Kljusev und ebnete dem postkommunistischen Block den Weg zur Regierungsbildung. Damit einher ging eine entscheidende innenpolitische Kurskorrektur, nicht zuletzt in der Minderheitenpolitik. Die am

<sup>66</sup> Auf dem 11. Kongreß des SKM-PDT, der aus dem SKM hervorgegangen war, wurde am 21. April 1991 das Parteiprogramm durch ein sozialdemokratisches ersetzt, die Partei in SDSM umbenannt.

<sup>67</sup> Vgl. Perry, A Balkan Problem, S. 37–38.

<sup>68</sup> Kljusev ist heute Mitglied der VMRO-DPMNE und bekleidet seit 1998 wieder Ministerposten, unter anderem die des Verteidigungsministers. Inhaltlich steht er aber weiter der MANU und der MAAK nahe.

<sup>69</sup> Vgl. Milan *Andrejevich*, Macedonia's New Political Leadership, in: Radio Free Europe/Radio Liberty: Report on Eastern Europe, 2 (17.5.1991) 20, S. 22–26 (24 und 25, Anm. 6).

<sup>70</sup> Christophe *Chiclet*, Athènes et Skopje dans l'impasse macédonienne, in: Le Monde Diplomatique, Mai 1994, S. 8.

4. September 1992 gebildete Regierung Branko Crvenkovski (SDSM) bestand aus den vier postkommunistischen Parteien SDSM, LPM (Liberale Partei), SPM (Sozialistische Partei) und PDP. Die Tage der VMRO-DPMNE waren ebenso gezählt wie jene der nationalen Ideologen von der MANU.

Der politische Kurswechsel ist eng mit der Person des ersten Staatspräsidenten verbunden: Der 1990 nach 45jähriger Tätigkeit in Belgrad nach Makedonien zurückgekehrte Kiro Gligorov war am 27. Januar 1991 im zweiten Wahlgang mit 114 gegen 5 Stimmen vom Parlament in dieses Amt gewählt worden. Gligorov (SDSM) hatte nicht nur aktiven Anteil an dem Bemühen, die drei postkommunistischen Parteien – Sozialdemokraten, Liberale und Sozialisten – durch eine erneute Kooperation wieder regierungsfähig zu machen und die Nationalisten von der Macht zu verdrängen. Er ging auch gegen nationalistische Tendenzen in der eigenen Partei vor, sobald sie den Rahmen einer integrierenden, die Loyalität innerhalb der Republik sichernden Ideologie sprengte und in aktive Politik überglied. Mit der Rückkehr Kiro Gligorovs in die politische Szene Makedoniens 1990 ließ die Republikführung nun keinen Zweifel mehr daran, daß sie sich für die Wahrung der Integrität der bestehenden innerjugoslawischen Grenzen einsetzte.

In seiner Partei förderte Gligorov den Aufstieg einer Gruppe junger Wissenschaftler und ermöglichte damit einen erneuten Wechsel in der Führungsspitze. Politisch allenfalls in Jugend- oder Studentenorganisationen aktiv gewesen, übernahmen die Angehörigen dieser Gruppe seit 1992 die Schlüsselpositionen in der Regierung. Ihre politischen Vorstellungen waren nicht von Arbeiterselbstverwaltung, Jugoslawismus oder makedonischem Nationalismus bestimmt. Erklärte Absicht war es, die Gesellschaft nach westlichem Vorbild politisch, rechtlich und ökonomisch zu modernisieren.<sup>71</sup> Anders als beispielsweise Petar Gošev und Vasil Tupurkovski, die nach 1992 die Partei verließen, waren die jungen Politiker – darunter Ljubomir Frčkovski, Vlado Popovski und Jane Miljovski – unbelastet von den zahlreichen Fraktionsauseinandersetzungen, die von Intrigen und gegenseitigen Abrechnungen geprägt waren. Die Republik, die von ihrer inneren, ökonomischen und sozialen Verfaßtheit her am wenigsten dazu tendierte, mit der jugoslawischen Vergangenheit zu brechen, hatte damit nach 1992

<sup>71</sup> Kurzbiographien der maßgebenden Politiker finden sich in: Hans-Joachim Hoppe, Die politische Szene der Republik Makedonien, Köln 1995 (Berichte des BIOst, 47/1995), S. 13–16.

eine Regierung bekommen, die von allen Republikführungen am wenigsten Verbindungen zu dieser Vergangenheit hatte.

Noch vor Ablösung der »Regierung der Experten« konnte die »junge Garde« der Sozialdemokraten einen Teilerfolg auf dem Weg zur Macht und zur Entspannung der interethnischen Verhältnisse erzielen. Am 17. November 1991 nahm das Parlament die maßgeblich von Frčkovski und Popovski formulierte neue Verfassung an.<sup>72</sup> In der Präambel ist die Rede von dem »Nationalstaat des makedonischen Volkes«, was insoweit dem allgemeinen Trend in den jugoslawischen Nachfolgestaaten entspricht. An gleicher Stelle wird der Staat auch als »bürgerlich« bezeichnet, wobei offenbleibt, ob »bürgerlich« hier im Gegensatz zu »ethnisch« aufgefaßt wird oder lediglich eine Absage an das vormalige »sozialistisch« zum Ausdruck bringen soll.<sup>73</sup>

Die Verfassung hatte dem Präsidenten weniger Rechte eingeräumt, als seine Amtskollegen in vielen anderen osteuropäischen Staaten und insbesondere in den beiden größten ex-jugoslawischen Ländern Kroatien und Serbien besitzen, etwa das Recht zur Parlamentsauflösung. In der Praxis war das Konsensregime aber ganz auf Kiro Gligorov zurechtgeschnitten, bei dem alle Fäden der Macht zusammenliefen. Daher kann man durchaus von einem Präsidialregime sprechen. Über wichtige politische Entscheidungen, vor allem in der auswärtigen und interethnischen Politik, wurde zuvor unter Leitung des Präsidenten unter Teilnahme aller Parteien hinter verschlossenen Türen verhandelt.

Von entscheidender Bedeutung ist, daß alle 1989 eingeführten Einschränkungen der Minderheitenrechte, die insbesondere die Ausbildung in der jeweiligen Sprache und deren Gebrauch betreffen, vollständig wieder zurückgenommen wurden. Damit kehrte Makedonien wieder zu der alten minderheitenfreundlichen Praxis der jugoslawischen Zeit zurück. Repressiven Elementen der Politik der 80er Jahre wird in der Verfassung eine eindeutige Absage erteilt, wenn es in Artikel 41 heißt, daß jeder das Recht hat, »frei über die Zeugung von Kindern zu entscheiden«, womit auf vergangene Versuche angespielt wird, die Geburtenkontrolle unter den Albanern zu propagieren.

<sup>72</sup> Zur Verfassung und zum politischen System: Heinz Willemssen, Die Republik Makedonien, in: Wolfgang Ismayr, Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2001.

<sup>73</sup> Klaus Schrammeyer, Die Verfassung der Republik Makedonien vom 17. November 1991, in: Jahrbuch für Ostrecht 1, München 1994, S. 37–54.

Nun wurde auch die PDP in die Regierung eingebunden, und das selbst dann noch, als die drei im »Bündnis für Makedonien« zusammengefaßten postkommunistischen Parteien in den Wahlen 1994/95 von 120 Parlamentssitzen gewannen und die PRP insofern zur Mehrheitsbildung nicht benötigten. Die VMRO-DPMNE hatte ebenso wie die von dem SDSM-Dissidenten Petar Gošev 1993 gegründete DP (Demokratische Partei)<sup>74</sup> wegen »Unregelmäßigkeiten« den zweiten Wahlgang boykottiert; beide waren deshalb nicht im Parlament vertreten. Bis 1998 existierte im Parlament keine Opposition mehr. Die politische Landschaft war in dieser Zeit durch feste Lagerbildung und geringe Wählerbewegungen geprägt.<sup>75</sup>

Makedonien war das einzige osteuropäische Land außerhalb des ex-sowjetischen Raums, in dem die größte ethnische Minderheit immer Minister gestellt hat, von 1994 bis 1996 sogar den Kulturminister. Die ethnischen Grenzen, die politische Koalitionen zwischen den Parteien bis dahin behindert hatten, wurden fortan leichter überwunden als die ideologischen. Das albanische Lager wurde zugleich aufgespalten in eines, das in der Regierung eingebunden war, und ein zweites, das der Opposition angehörte. Damit wurde ein wesentlicher Schritt zur Entschärfung der interethnischen Konflikte getan.

Auf die Grenzen der neuen Verhältnisse weist schon der Umstand hin, daß die Albanerparteien nicht für die Verfassung mit ihren Kompromißformeln gewonnen werden konnten und im Parlament gegen deren Verabschiedung stimmten. Bei den Präsidentschaftswahlen 1994, bei denen kein albanischer Kandidat zur Wahl stand, konnte der wiedergewählte Gligorov offenbar nur vergleichsweise wenige albanische Stimmen auf sich konzentrieren.<sup>76</sup> Zwischen der Entspannung, die auf der politischen Ebene erreicht

wurde, und dem Zustand in der Gesellschaft liegt auch weiterhin eine tiefe Kluft. Der makedonisch-albanische Kompromiß wird nicht von der gesellschaftlichen Mehrheit mitgetragen. Von interessierter Seite in Skopje wird immer wieder zu suggerieren versucht, daß ihn nur eine Minderheit von Radikalen auf beiden Seiten bekämpft. Tatsächlich verhält es sich umgekehrt. Die Mehrheit in den beiden Teilgesellschaften vertritt völlig unvereinbare politische Konzeptionen. Immer wieder flammen ethnische Konflikte auf, zumeist begleitet von Zusammenstößen zwischen makedonischer Polizei und albanischen Demonstranten: von der Aufdeckung einer Verschwörergruppe albanischer Offiziere in der makedonischen Armee 1993 über die Auseinandersetzungen um die albanische Universität in Tetovo bis zum Konflikt um das Hissen der albanischen Flagge vor den Rathäusern in Tetovo und Gostivar 1997.<sup>77</sup> Und jedesmal bemühte sich die Regierung, die Bedeutung dieser Ereignisse herunterzuspielen.

## Die zweite Phase der Transformation seit 1996

Eine zweite Phase der Transformation, in der sich nun auch ein struktureller Wandel vollzog, setzte nach der außenpolitischen Entspannung Ende 1995 ein. Die Macht des Präsidentenamtes begann zu schwinden, die Regierung emanzipierte sich schrittweise vom Präsidenten. Spätestens nach den Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober und 14. November 1999 zeigte sich, daß der mit knappem Vorsprung vor Tito Petkovski (SDSM) gewählte neue Präsident Boris Trajkovski (VMRO-DPMNE) nicht mehr die Integrationsfigur sein würde, die zuvor Kiro Gligorov gewesen war. Der Wahlkampf stand mit sechs Kandidaten, davon allein drei aus dem Regierungslager, ganz im Zeichen einer tiefen parteipolitischen und zugleich interethnischen Polarisierung. Wegen beanstandeter Wahlmanipulationen im albanisch dominierten Westmakedonien weigerte sich der SDSM monatelang, den neuen Präsidenten anzuerkennen. Der bis dahin kaum bekannte neue Präsident stand zunächst ganz im Schatten seines Parteivorsitzenden und Premierministers Ljupčo Georgievski, hat inzwi-

<sup>74</sup> Die Demokratische Partei vereinigte sich 1996 mit der Liberalen Partei zur Liberaldemokratischen Partei.

<sup>75</sup> Vgl. *Hatschikjan*, Variable Balancen, S. 28.

<sup>76</sup> In der Literatur werden die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen höchst ungenau wiedergegeben und zum Teil mit den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen verwechselt. Von 1 360 729 Wahlberechtigten gingen 1 058 130 (77,46%) zur Wahl. 125 473 Personen behaupteten, ursprünglich nicht in den Wahllisten registriert worden zu sein. 713 529 Stimmen (52,44% aller Wahlberechtigten) entfielen auf Gligorov (SDSM), 196 936 (14,4%) auf Ljubiša Georgievski (VMRO-DPMNE), 130 133 Wahlzettel waren ungültig, 17 532 (ca. 1,5%) wurden vermißt. Die amtlichen Ergebnisse sind wiedergegeben in: Gligorov Announces »Important Initiatives« after Election Result, in: *Balkan News* (Athen), 74 (23.-29.10.1994), S. 3.

<sup>77</sup> Eine Auflistung interethnischer Zwischenfälle findet sich in: Stefan *Troebst*, Kommunizierende Röhren: Makedonien, die Albanische Frage und der Kosovo-Konflikt, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 39 (1999) 3, S. 215-229 (218-219).

schen jedoch politisch an Profil gewonnen. Da alle Regierungen von großen internen Konflikten geprägt waren, kommt mit dem Abschied vom präsidentialen Konsensregime auch ein Stück Unwägbarkeit und Instabilität in das politische System.

De jure war mit der Verfassung vom 17. November 1991 die Zensur aufgehoben und es galt Presse- und Meinungsfreiheit. De facto endete aber das Pressemonopol des Staates in Gestalt des staatlichen Verlagshauses NIP Nova Makedonija erst 1996 mit der Gründung der ersten unabhängigen Tageszeitung *Dnevnik*. Die Kritik an dem bis dahin sakrosankten Staatspräsidenten Kiro Gligorov war nicht länger tabu. Nach den Parlamentswahlen 1998 differenzierte sich die Presselandschaft weiter aus, obwohl die neue antikommunistische Regierung an der Praxis ihrer Vorgänger festhielt und das staatlich subventionierte Verlagshaus NIP parteipolitischer Kontrolle unterwarf. Die alte Redaktion der Tageszeitung *Nova Makedonija* wurde nun durch VMRO-nahe Redakteure ersetzt, worauf die abgelöste Redaktionsmannschaft die Tageszeitung *Utrinski Vesnik* gründete, die dem SDSM verbunden ist.

Konflikte im postkommunistischen Block, die sich zunächst als Machtgerangel zwischen Sozialdemokraten und Liberalen anlässlich eines bis heute nicht aufgeklärten Attentats auf Kiro Gligorov am 3. Oktober 1995 äußerten, brachten die politische Landschaft zum ersten Mal seit 1990 in Bewegung. Die außenpolitische Entspannung bot den Parteien die Möglichkeit, sich jetzt verstärkt der Innenpolitik zuzuwenden. Die VMRO-DPMNE konzentrierte sich ganz auf die ökonomisch schwierige Lage des Landes und tilgte von 1996 an die nationalistischen Akzente – nach außen gegen Griechenland und Serbien, nach innen gegen die Albaner – aus ihrer Außendarstellung. Ihren Sieg (49 Sitze) in den Parlamentswahlen am 18. Oktober und 1. November 1998 verdankte die VMRO aber auch dem Umstand, daß ihr mit der im gleichen Jahr von Vasil Tupurkovski gegründeten DA (Demokratische Alternative) ein Teil des postkommunistischen Lagers zufiel. Die DA, die in ihren vagen programmatischen Äußerungen für eine nichtethnische Konstitution Makedoniens eintritt, brachte weitere 13 Sitze in das Regierungsbündnis ein. Mit der Wahl des 32jährigen VMRO-Vorsitzenden Ljubčo Georgievski zum Premierminister steht nun erstmals ein Mann an der Spitze des Staates, dessen politische Laufbahn nicht in der Kommunistischen Partei begann. Von den Anhängern der bisherigen Opposition wurde das Wahlergebnis entsprechend als verspäteter Systemwechsel interpretiert.

Der Regierungswechsel 1998 brachte jedoch weder eine Änderung in der Wirtschafts- noch in der interethnischen Politik. Obwohl die Regierung eine wirtschaftspolitische Kehrtwende versprochen hatte, unterscheiden sich ihre ökonomischen Vorstellungen nicht grundlegend von jenen der sozialdemokratischen Vorgängerregierung. Vasil Tupurkovski hatte mit seinem Wahlkampfversprechen, 1 Mrd. Dollar an neuen Krediten in den USA zu mobilisieren, wesentlich zum Wahlsieg beigetragen.<sup>78</sup>

Die makedonische VMRO-DPMNE und die albanische DPA, die zuvor als radikale Flügelparteien aufgetreten waren, bilden nun (zusammen mit der DA) eine Regierungskoalition. Neben dem Antikommunismus verbindet beide Parteien auch ein ähnliches Wählerpotential. Ihre Anhänger sind im Durchschnitt jünger und städtischer (aber damit auch nationalistischer) als die der albanischen Postkommunisten von der PDP. In der Vergangenheit waren die inhaltlichen Positionen der beiden nationalistischen Parteien am weitesten voneinander entfernt. Während die DPA den Streit um die Universität in Tetovo radikalisierte und als Mittel zur Gewinnung der Vorherrschaft im albanischen Lager nutzen wollte, führte die Studentenorganisation der VMRO-DPMNE im Frühjahr 1997 die Proteste gegen die Versuche der sozialdemokratischen Regierung an, den Streit durch die Einführung von albanischen Prüfungen an der pädagogischen Fakultät der Universität Skopje zu entschärfen. In der Opposition hatte die VMRO-DPMNE gegen jedes Zugeständnis an die Albaner protestiert.<sup>79</sup> Ungeachtet dessen hatten beide Parteien schon seit 1994 in mehreren Kommunalparlamenten koalitiert. Darum trifft auch die Behauptung nicht zu, die Aufnahme der DPA in die Regierungskoalition sei nur aufgrund von westlichem Druck zustande gekommen.<sup>80</sup>

<sup>78</sup> Vgl. Willemsen, Machtwechsel, S. 24.

<sup>79</sup> Vgl. *International Crisis Group*, Macedonia: New Faces in Skopje, 8.1.1999 (<http://www.crisisweb.org/projects/macedonia/reports/mac06rep.htm>).

<sup>80</sup> Zum westlichen Druck vgl. Interview: Ljubčo Georgievski, lider na VMRO-DPMNE. Prvoto premiersko kafe kje go ispijam so Crvenkovski [Interview: Ljubčo Georgievski, Vorsitzender der VMRO-DPMNE. Den ersten Kaffee als Premierminister werde ich mit Branko Crvenkovski trinken], in: *Dnevnik*, 7.11.1998, und: Koalitionsgespräche in Mazedonien, in: *FAZ*, 14.11.1998, S. 2.



## Die Lage nach dem Kosovokrieg

Programmatisch hatte sich die neue Regierungskoalition für »Entspannung der interethnischen Beziehungen« ausgesprochen. Die Amnestierung der beiden DPA-Bürgermeister von Tetovo und Gostivar Anfang 1999, die wegen des Hissens der albanischen Flagge vor ihren Rathäusern 1997 zu zum Teil drakonischen Strafen verurteilt worden waren, folgt diesem Programm ebenso wie die Regelung für die albanische Universität in Tetovo.<sup>81</sup> Der Machtwechsel 1998 fiel aber mit der Eskalation der Krise im Kosovo zusammen, die Makedonien weit stärker tangiert als der Namensstreit mit Griechenland.<sup>82</sup> Während im Zusammenhang mit dem griechisch-makedonischen Konflikt der Druck von außen die innenpolitischen Gegensätze überdeckte, förderte die Entwicklung im Kosovo seit dem Frühjahr 1998 Widersprüche zutage, die bis dahin von der offiziellen Politik erfolgreich verdeckt werden konnten.

Der Kosovokrieg hat erneut erkennen lassen, daß Makedoniens Verhältnis zur NATO nicht völlig widerspruchsfrei ist. Einerseits war die Regierung in Skopje durchaus für die Stationierung von NATO-Truppen im Lande. Neben dem Gewinn an Sicherheit hoffte Makedonien, das sich mit seiner kleinen Armee nicht selber verteidigen kann, dadurch auch ein Stück näher an die NATO heranzurücken, nachdem es am 15. November 1995 bereits dem Programm »Partnerschaft für den Frieden« beigetreten war. Insgeheim ging man auch davon aus, daß die NATO-Truppen eine abschreckende Wirkung auf eventuelle albanische Sezessionsgelüste in Makedonien haben würde. Andererseits sprachen sich alle Kräfte im Lande dagegen aus, Makedonien als Aufmarschgebiet für einen Krieg gegen Serbien zu benutzen. Als dieser Ernstfall dann eintrat, erwies sich, daß Makedonien kaum Möglichkeiten hatte, irgendeinen Einfluß auf den Gang der Dinge zu nehmen. Mit der Erklärung, daß die NATO-Truppen im Lande nur die Aufgabe

hätten, die Umsetzung des Rambouillet-Abkommens zu gewährleisten, versuchte die Regierung die eigenen Befürchtungen und die NATO-feindliche Stimmung im Lande zu beruhigen.

Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen VMRO-DPMNE und DPA trotz zwischenzeitlicher Belastung auf dem Höhepunkt des Krieges nicht ernstlich gefährdet war, hat sich das gesellschaftliche Klima zwischen Makedoniern und Albanern doch wieder merklich verschlechtert. Während die Albaner nahezu geschlossen das Eingreifen der NATO im Kosovo unterstützten, stieß die Intervention auf ebenso einhellige Ablehnung im makedonischen Gesellschaftsteil. Nach wie vor alle Parteien sehen die Integration in NATO und EU als wichtige Prioritäten der Außenpolitik an. Aber in der Gesellschaft hat die NATO nachhaltig an Prestige verloren. Geben die Albaner zu 88% vor, Vertrauen in die NATO zu haben, äußerten 80% der Makedonier das genaue Gegenteil. Zwei Jahre zuvor hatten immerhin 55% der Makedonier noch Vertrauen in die westliche Verteidigungsorganisation.<sup>83</sup> Der Ansehensverlust der NATO wirkt sich auch auf das Verhältnis zu den KFOR-Truppen aus, die das Land als Transitstrecke benutzen.

Jede makedonische Regierung gleich welcher politischer Couleur hat versucht, die ablehnende Haltung der makedonischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber der NATO-Intervention vor der internationalen Öffentlichkeit zu verbergen. Dabei ließ keine Opposition die Chance verstreichen, diese Haltung für den eigenen Machtzugewinn auszunutzen. Der jetzige Regierungschef Georgievski beschuldigte 1998 die SDSM-Regierung, die »Politik der Äquidistanz« aufgegeben zu haben. Er erklärte den Kosovokonflikt zur inneren Angelegenheit Jugoslawiens und forderte die Regierung auf, sich jeder Einmischung in die Politik des Nachbarstaates zu enthalten.<sup>84</sup> Statt fremde Truppen

<sup>81</sup> Vgl. *Internacional Crisis Group, New Faces.*

<sup>82</sup> Zu einer makedonischen Position zum Kosovo siehe Biljana Cvetkovska-Vankovska, *Between Preventive Diplomacy and Conflict Resolution: The Macedonian Perspective of the Kosovo Crisis. Paper to be presented at the 40th Annual Convention of the International Studies Association, Washington D.C., 17.-20.2.1999.*

<sup>83</sup> Vgl. Ana Petruševa, *SDSM: NATO go home! Partiite, Makedonija i Aliansata [Parteien, Makedonien und die Allianz], in: Forum (Skopje), (26.7.-25.8.2000) 65.*

<sup>84</sup> Vgl. VMRO-DPMNE nema vekje pravo na greški. Intervju Ljubčo Georgievski, lider na VMRO-DPMNE [Die VMRO-DPMNE hat kein Recht mehr auf Fehler. Interview mit Ljubčo Georgievski, Vorsitzender der VMRO-DPMNE], in: *Večer, 9./10.5.1998, und: VMRO-DPMNE za Nato Vežbite vo Make-*

ins Land zu holen, solle Makedonien eine Politik der bewaffneten Neutralität verfolgen. Seit dem Wahlsieg der VMRO wird dieser Konflikt mit vertauschten Rollen fortgesetzt. Während die Sozialdemokraten nun auf Distanz zur NATO gehen, bemüht sich die neue Regierung, einen breiten parlamentarischen Konsens für die Unterstützung der NATO-Politik zu finden.<sup>85</sup>

Weil aus der Sicht beider Gruppen das Ergebnis des Krieges einen Einflüßgewinn der Albaner bedeutet und eine Niederlage für die Makedonier, ging die albanische Regierungspartei aus der Auseinandersetzung gestärkt hervor. Die beiden albanischen Parteien PDP und DPA stellten daher im Präsidentschaftswahlkampf 1999 je einen eigenen Kandidaten auf, obwohl für sie keine echten Chancen bestanden. In einer Art Parallel-Wahlkampf, der nur in den albanischen Siedlungsgebieten stattfand, sollten die Kräfteverhältnisse im albanischen Lager ausgelotet werden. In einem erdrutschartigen Sieg verdrängte die DPA die PDP von ihrer bisherigen Spitzenposition. Landesweit, aber auch in jedem einzelnen Bezirk erhielt der Kandidat der DPA viermal soviel Stimmen wie jener der PDP. Mit der Auflage, die Unterstützung eines makedonischen Kandidaten im zweiten Wahlgang von dessen Bereitschaft zur Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovos abhängig zu machen, trug die DPA wesentlich zur nationalistischen Polarisierung des Präsidentschaftswahlkampfes bei. Überdies gelang es ihr, die Meinungsführerschaft im albanischen Lager zu gewinnen. Da die DPA in den Kommunalwahlen 2000 an ihren Erfolg anknüpfen konnte, steht die PDP damit langfristig vor der Existenzfrage. Dadurch wiederum wird die 1992 gefundene Kompromißlösung gefährdet, die zur Voraussetzung hatte, daß eine ebensolche parteipolitische Ausdifferenzierung wie im makedonischen Lager auch in dem der Albaner stattfindet.

Die VMRO-DPMNE hat an Unterstützung verloren. Neben dem Unmut über die Regierungsarbeit und dem Gefühl, bei der Verteilung öffentlicher Stellen übergangen worden zu sein, gaben auch Vorbehalte gegen den albanischen Koalitionspartner den Ausschlag dafür, daß im August 2000 sechs Abgeordnete der VMRO-DPMNE die Partei verließen. Ende November schied auch die DA aus der Regierungskoalition.

donija: So rešitelen sokol odleta i ekvidistancijata [Mit den entscheidenden Falken fliegt auch die Äquidistanz davon], in: Dnevnik, 17.7.1998, S. 3.

<sup>85</sup> Vgl. SDSM nema prostor za izvlekuvanje [Der SDSM hat keinen Raum mehr zum Ausweichen], in: Dnevnik, 26.11.1998.

In den Kommunalwahlen am 10. und 24. September 2000 mußte die VMRO eine schwere Niederlage einstecken. In der ersten Runde hatte das Bündnis aus VMRO-DPMNE und DA nur 26% der Stimmen erhalten, die Sozialdemokraten aber 38%. Die Regierungsparteien haben zwar letztlich doch die meisten Bürgermeisterposten bekommen, wenn auch hauptsächlich in den Dörfern und Kleinstädten. Die meisten Großstädte fielen dagegen an das Oppositionsbündnis um den SDSM, das auch die meisten Gemeinderatsitze erhielt. Der SDSM hat seit seiner Wahlniederlage 1998 verstärkt die antialbanische Karte auszuspielen versucht und die VMRO des nationalen Ausverkaufs an die Albaner bezichtigt. Die Bedeutungslosigkeit der PDP, eine geschwächte VMRO und eine gestärkte DPA dürften Regierungsbildungen in der Zukunft zu einem äußerst schwierigen Unterfangen werden lassen.

Die Erfolge des SDSM in den Kommunalwahlen erklären sich auch dadurch, daß Arben Xhaferi von der DPA in den Augen eines großen Teils der Makedonier der eigentlich starke Mann der Koalition ist. Nur mit den Stimmen der Albaner, die nahezu geschlossen dem Aufruf Xhaferis folgten, im zweiten Wahlgang für den VMRO-Kandidaten zu votieren, wurde Boris Trajkovski 1999 zum Präsidenten gewählt. Verstärkt wird das Mißtrauen gegen Xhaferi noch durch die enge Beziehung, die er zu dem ehemaligen Führer der UÇK, Hashim Thaçi, im Kosovo unterhält,<sup>86</sup> und durch Meldungen über Aktivitäten der UÇK auch in Makedonien.<sup>87</sup> Insbesondere Xhaferis Insistieren darauf, daß Makedonien das Projekt der Unabhängigkeit des Kosovos unterstützen solle, entwertet in den Augen der meisten Makedonier sein Bekenntnis zum makedonischen Staat. Daß auch andere DPA-Politiker einerseits erklären, im Rahmen Makedoniens politisch aktiv werden zu wollen und nicht außerhalb, andererseits aber von einer koordi-

<sup>86</sup> Vgl. Dokumentation: Hashim Thaçi in Bulgarien auf der Suche nach Bündnispartnern für ein unabhängiges Kosovo, in: Südosteuropa, 49 (2000), S. 105-114.

<sup>87</sup> Vgl. Matthias Rüb, Hasani, die vier verschleppten Grenzsoldaten und ein nahe liegender Verdacht. Wie ein ehemaliger UÇK-Kommandeur aus mazedonischer Haft frei kam, in: FAZ, 22.4.2000, S. 3; Polizist bei Anschlag in Mazedonien getötet, in: Neue Zürcher Zeitung, 23.1.2001, S. 9; Matthias Rüb, Eine »Volksbefreiungsarmee« der Albaner in Mazedonien. Anschlag als »Warnung an die Besatzer«, in: FAZ, 27.1.2001, S. 2. Zur Frage der Aktivität einer albanischen Guerilla in Makedonien siehe auch: Stephan Lipsius, Vorbild UÇK: Albaner in Serbien gründen UÇPMB, in: Südosteuropa, 49 (2000), S. 133-143 (135f).

nierten Politik aller Albaner auf dem Balkan reden, verstärkt das Mißtrauen noch.<sup>88</sup>

Insgesamt hat die 1998 gewählte Regierung die Chance verpaßt, die ethnisch-paternalistischen Strukturen aufzubrechen. Die »bürgerliche Option« der DA hat in der Regierung nie eine Rolle gespielt. Die VMRO-DPMNE hat eine Politik nur für die eigene Klientel betrieben und ließ in kritischen Augenblicken erkennen, daß sie sich letztlich nur ihrem eigenen nationalen Lager verpflichtet fühlt; denn de facto wurde die DPA von wichtigen Entscheidungen während der Flüchtlingskrise ausgeschlossen.<sup>89</sup> Die DPA wiederum lauerte nur auf günstige Gelegenheiten, Konzessionen für die albanische Seite auszuhandeln. Ihre politischen Vorstellungen entfernen sich zunehmend von einem nichtethnischen Staatsverständnis. Ihr Vorschlag, das Amt eines Vizepräsidenten einzuführen und die Ämter des Präsidenten und des Vizepräsidenten im Rotationsverfahren zwischen Makedoniern und Albanern aufzuteilen, hätte nicht nur de facto das passive Wahlrecht der anderen ethnischen Minderheiten beschnitten. Es hätte auch die allgemeine Ethnisierung der politischen Kultur noch befördert.

<sup>88</sup> Ein Beispiel für diese Ambiguität ist der Aufsatz von Isa Blumi, *The Question of Identity, Diplomacy and Albanians in Macedonia: Has the Rain Come?*, in: *International Journal of Albanian Studies*, 1 (1997) 1 (<http://albanian.com/IJAS/vol1/is1/art4.html>).

<sup>89</sup> Vgl. *International Crisis Group*, *Macedonia: Towards Destabilisation? The Kosovo Crisis Takes Its Toll on Macedonia*, 17.5.1999 (<http://www.crisisweb.org/projects/sbalkans/reports/mac08.main.htm>).

## Makedonien nach den Wahlen in Jugoslawien und im Kosovo

Der Machtwechsel in Belgrad und der Sieg der gemäßigten Kräfte um Rugova im Kosovo haben das außenpolitische Umfeld Makedoniens seit dem Herbst 2000 nachhaltig verändert. Obwohl die Positionen Rugovas und Koštunicas in der Frage des staatsrechtlichen Status des Kosovo diametral entgegengesetzt sind, haben sich die Aussichten für eine friedliche Lösung der Problems deutlich verbessert. Auch die Gefahr einer gewaltsamen Desintegration der Bundesrepublik Jugoslawien scheint gebannt. Insofern könnte den Makedoniern zumindest ein Stück weit die Furcht genommen werden, daß Konzessionen zugunsten der Albaner zwangsläufig in die Zerstörung Makedoniens münden. Vor allem gibt es jetzt wieder eine Perspektive für eine stärkere wirtschaftliche Integration Südosteuropas, die auch innergesellschaftlich die Verteilungsspielräume erweitern könnte, was nicht zuletzt einer Entspannung des interethnischen Klimas zugute käme. Da die makedonische Ökonomie in der Vergangenheit stark auf die Wirtschaft Serbiens ausgerichtet war, könnte Makedonien die Chance haben, eine wichtige Rolle bei der Reintegration Jugoslawiens in Europa zu spielen.

Derzeit sieht es allerdings eher so aus, als würde die Regierung in Skopje diese Chance verstreichen lassen. Mit der anhaltenden Auseinandersetzung um die bulgarische Orientierung der VMRO-DPMNE wird die Außenpolitik wieder einmal zu einem Spielball innenpolitischer Nationskonzepte. Weder die bis 1998 regierenden Sozialdemokraten noch die VMRO-DPMNE und die DPA haben die Frage der Wirtschaftsbeziehungen Makedoniens mit den Nachbarländern in erster Linie unter dem Aspekt der ökonomischen Entwicklung des Landes gesehen. Vielmehr ist die Favorisierung bestimmter Handelspartner und damit einer der verschiedenen Transitstrecken, die Makedonien durchqueren (neben der dominierenden und am besten ausgebauten Nord-Süd-Achse existieren Pläne für den Ausbau des Ost-West-Korridors),<sup>90</sup> vor allem von der

Absicht getragen, darüber die innenpolitische Machtbasis der eigenen Partei auszubauen und zu festigen.

<sup>90</sup> Zur überragenden Bedeutung der Nord-Süd-Achse für die Wirtschaft siehe Peter Jordan/Florian Partl, Makedoniens verkehrsgeographische Position in Südosteuropa, in: Lukan/Jordan, Makedonien, S. 39–63. Zum Zustand der Verkehrsverbindungen mit Bulgarien siehe: Dokumentation: Bulgarien und Makedonien als Betroffene des UN-Handels-

embargos gegen Jugoslawien, in: Südosteuropa, 42 (1993), S. 318–325.

## Ausblick: Konfliktprävention und Transformationsbedarf

Die Entwicklung seit 1999 hat zwar nicht zu der von vielen Beobachtern erwarteten Destabilisierung des Landes geführt. Nicht einmal die teils dauerhafte, teils vorübergehende Aufnahme von ca. 360 000 albanischen Flüchtlingen aus dem Kosovo hat einen unmittelbaren ethnischen Konflikt ausgelöst.<sup>91</sup> Dennoch ist die Anfälligkeit und Fragilität des politischen Systems in Makedonien unüberschaubar. Daß die Flüchtlingslager in Makedonien strikt abgeriegelt und die Flüchtlinge vor der makedonischen Mehrheit des Landes 1999 quasi versteckt wurden, war kein »humanitärer Betriebsunfall«, sondern Teil der Strategie, das ethnische Gleichgewicht in der Republik nicht zu gefährden.

Die Konfliktprävention internationaler Organisationen richtet sich zunächst auf die Beruhigung des regionalen Umfeldes. Mit dem Sieg gemäßigter Kräfte in Serbien und dem Kosovo in den Wahlen im Herbst 2000 haben sich die Aussichten dafür deutlich verbessert. In den Konflikten um die noch ungelösten Fragen der jugoslawischen Föderation (Montenegro) und den zukünftigen staatsrechtlichen Status des Kosovos sollten die Akteure dazu gebracht werden, einseitige Schritte mit dem Potential unkontrollierter Eskalation zu unterlassen. Insbesondere die Lage in den albanischen Siedlungsgebieten im äußersten Südwesten Serbiens, in den drei Gemeindebezirken Preševo, Medveđa und Bujanovac, hat eine besondere Bedeutung für die Sicherheit und Ökonomie Makedoniens. Durch diese Gebiete verläuft die Hauptverkehrsroute, die Makedonien mit Belgrad und darüber hinaus mit Westeuropa verbindet.<sup>92</sup>

Ökonomische Hilfe kann einen wichtigen Beitrag zur Entspannung im regionalen Umfeld leisten.

**91** Nach Angaben des UNHCR hat Makedonien während des Kosovokrieges 256 900 Flüchtlinge aufgenommen. 96 000 weitere Flüchtlinge gelangten über Makedonien in andere Länder. Vgl. <http://www.icrc.org/icrceng.nsf/Index/EC0BDC1546181E694125679000452998?Opendocument> und <http://www.unhcr.ch/world/euro/seo/macedonia.htm>.

**92** Zu den Auseinandersetzungen zwischen serbischer Polizei und der albanischen Befreiungsarmee UÇPMB siehe Matthias Rüß, Gefährliche Zuspitzung in Südserbien. Nach Überfällen albanischer Freischärler auf Polizisten wachsen die Spannungen, in: FAZ, 28.11.2000, S. 4.

Wichtiger als die Gewährung von Krediten, auf die makedonische Regierungen gleich welcher politischer Couleur insistieren, ist die Förderung solcher Projekte, die die wirtschaftliche Integration Südosteuropas vorantreiben. Dabei sollte vermieden werden, daß sich die Hilfe für die außenpolitischen Präferenzen der einzelnen politischen/nationalen Fraktionen instrumentalisieren läßt (VMRO-DPMNE: Bulgarien, SDSM: Serbien/Jugoslawien, DPA: Kosovo).

Die innenpolitische Konfliktprävention sollte sich zunächst einmal auf die Probleme konzentrieren, die unterhalb einer grundlegenden Umgestaltung des Systems liegen. Eine der kompliziertesten Aufgaben dürfte die Dezentralisierung des Landes sein, die nicht entlang der ethnischen Siedlungsgebiete verlaufen sollte. Gerade hier besteht die Chance, eine langfristige Veränderung des politischen Systems anzustoßen. Eine Dezentralisierung des Landes hätte den Vorteil, daß sich neue ökonomische und soziale Konfliktlinien entwickeln, die quer zur ethnischen Teilung im Lande verlaufen, was sich positiv auf die Gesellschaft auswirken könnte.

Eine Stärkung der kommunalen Ebene ist allerdings nur dann möglich, wenn die seit 1990/92 erfolgte Zentralisierung in der Staatsverwaltung rückgängig gemacht wird und die Kommunen wieder eine Verwaltung in eigener Regie und einen entsprechenden Teil der finanziellen Mittel des Staates bekommen. Die Aufwertung der Gemeindeverwaltung würde zugleich auch ein gewisses Maß an Schärfe aus dem parteipolitischen Streit nehmen, die sich weniger aus politischen oder ideologischen Differenzen der Parteien erklärt als aus dem Bedürfnis, die jeweilige Klientel mit Stellen im Staatsapparat zu versorgen. Die Überzentralisierung des Landes hat vor diesem Hintergrund zur Folge, daß der Opposition nahezu keine Stützpunkte mehr in der Verwaltung verbleiben. Eine Dezentralisierung würde die politische Blockade beseitigen, die in vielen Kommunen herrscht, in denen die landesweite Opposition über Mehrheiten verfügt. Gemeinderäte und von der Regierung eingesetzte Verwaltungen liefern sich derzeit einen Kleinkrieg, der die Verwaltungsarbeit in den Kommunen zusätzlich lähmt. Voraussetzung für eine effektive Aufwertung der kommunalen Ebene ist auch eine neue

Gemeindeeinteilung. Während mit der Einteilung in 34 Gemeinden unter dem alten Regime zu große Einheiten gebildet wurden, sind die in der Verwaltungsreform 1996 geschaffenen 123 Gemeinden häufig zu klein (z.T. nur 16 000 Einwohner), so daß eine effektive Kommunalpolitik nicht möglich ist. Zusätzlich wäre noch eine Aufgliederung des Landes in Regionen mit einer entsprechenden Machtverlagerung zu erwägen. Die Regionen könnten im Gegensatz zu den Kommunen nationale Siedlungsgebiete übergreifen.

Konfliktverhütend kann auch eine Reform des makedonischen Wahlrechts wirken. Das ethnische Wahlverhalten, das nicht in erster Linie durch das Wahlsystem bedingt ist, verstärkt dessen negative Effekte. Das makedonische Mehrheitswahlsystem führt jedesmal zu einer starken nationalen Emotionalisierung in der zweiten Wahlrunde. Die massive Konzentration der Albaner in einem Landesteil führt dazu, daß in der ersten Runde zumeist ein prozentual hoher Anteil der wenigen in der ersten Runde vergebenen Sitze an die Albanerparteien fällt. Obwohl die Sitzverteilung zwischen den Ethnien in der zweiten Runde regelmäßig wieder ausgeglichen wird, bleibt die Wahrnehmung der Makedonier jedoch zumeist von den Ergebnissen der ersten Runde geprägt. Die ethnisch akzentuierte Einteilung der Wahlkreise ist in Makedonien zudem eine wesentlich politischere Frage als in Ländern, in denen jede Partei zumindest theoretisch die Möglichkeit hat, in das Wählerspektrum der Konkurrenz einzubrechen. Unter ethnisch-paternalistischen Verhältnissen bedeutet die nationale Zusammensetzung eines Wahlkreises dagegen schon eine Vorentscheidung darüber, an welche Nation der entsprechende Parlamentssitz vergeben wird. Makedonien hat im Juli 1998 eine Wahlrechtsreform verabschiedet, nach der 35 von 120 Sitzen nach dem Verhältniswahlrecht vergeben werden, wobei das ganze Land einen Wahlkreis bildet. Insgesamt war die Reform aber zu halbherzig und hat an den bestehenden Mißständen nichts grundsätzlich geändert.

Weil der nationale Radikalismus gerade unter der jüngeren und besser ausgebildeten Generation am verbreitetsten ist, sind gerade in der Bildungspolitik Lösungen gefragt, die zur Entspannung zwischen den Nationen beitragen. Das Gesetz über die private Universität in Tetovo vom 25. Juli 2000 hat immerhin ein akutes Problem beseitigt, nämlich ein Heer von Studenten mit abgeschlossener Ausbildung, aber ohne ein staatlich anerkanntes Diplom. Auch wenn die de facto albanische Universität in Tetovo als private Universität rechtlich einen geringeren Status hat als die

beiden staatlichen Hochschulen in Skopje und Bitola, kann sie aufgrund der privaten Finanzierung eine bessere Ausbildung bieten als die staatlichen Universitäten, was Ressentiments in der makedonischen Bevölkerung nähren dürfte. Die nach Nationalitäten getrennte Ausbildung fördert die gegenseitige gesellschaftliche Abschließung von Makedoniern und Albanern. Es bedarf einer umfassenden Neuregelung des Bildungswesens, die diese Trennung aufhebt, etwa indem bestimmte Studienzeige nur an einer der beiden Universitäten in Skopje bzw. Bitola oder in Tetovo angeboten werden.

## Abkürzungen

DA	Demokratska Alternativa (Demokratische Alternative)
DP	Demokratska Partija (Demokratische Partei)
DPA	Demokratskata Partija na Albancite (Demokratische Partei der Albaner)
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
FYROM	Former Yugoslav Republic of Macedonia
IWF	Internationaler Währungsfonds
KFOR	Kosovo Force
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LPM	Liberalna Partija na Makedonija (Liberale Partei Makedoniens)
MANU	Makedonska Akademija na Naukite i Umetnostite (Makedonische Akademie der Wissenschaften und Künste)
MOK	Makedonisch-Orthodoxe Kirche
NDP	Narodna Demokratska Partija (Nationaldemokratische Partei der Albaner)
NGO	Nongovernmental Organization
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDP	Partija za Demokratski Prosperitet (Partei der demokratischen Prosperität)
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SDSM	Socijal-demokratski Sojuz na Makedonija (Sozialdemokratischer Bund Makedoniens)
SFRJ	Socialistička Federativna Republika Jugoslavija (Sozialistische Bundesrepublik Jugoslawien)
SKM	Sojuz na Komunistite na Makedonija (Bund der Kommunisten Makedoniens)
SKM-PDT	Sojuz na Komunistite na Makedonija – Partija na demokratska transformacija (Bund der Kommunisten Makedoniens – Partei der demokratischen Transformation)
SPM	Socialistička Partija na Makedonija (Sozialistische Partei Makedoniens)
UÇPMB	Ushtria Çlirimtare e Preshevës, Medvegjës dhe Bujanovcit (Befreiungsarmee für Preševo, Medveđa und Bujanovac)

UN	United Nations
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
VMRO	Vnatreshna Makedonska Revolucionerna Organizacija (Innere Makedonische Revolutionäre Organisation)
VMRO- DPMNE	Vnatrešno-Makedonska Revolucionerna Organizacija- Demokratska Partija za Makedonsko Nacionalno Edinstvo (Innere Makedonische Revolutionäre Orga- nisation – Demokratische Partei für Makedonische Nationale Einheit)
WIIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche